

PROJEKT BALTIKUM

ZUSAMMENARBEIT IN WÄHRUNGS-, BANK- UND FINANZFRAGEN

SCHLUSSBERICHT der MISSION GYGI

ERKUNDUNGSREISE BALTIKUM

3. - 15. NOVEMBER 1991

Delegation

Dr. Ulrich Gygi, Direktor Eidg. Finanz-Verw. EFD (**Delegations-Chef**) (3.-8.11)

Dr. Guido Condrau, Direktor Schweizerischer Bankverein, Zürich

Frau Marina Condrau, Uebersetzerin (Russisch, Litauisch)

Dr. André Cornu, ehem. Chef Abt. Anlagefonds Eidg. Bankenkommission

Frau Dr. Monique Dubois, stellv. Direktorin Schweizerische Nationalbank

Francis Gruber, Polit. Abt. I, EDA (7.-15.11.)

Alexis P. Lautenberg, Minister, Chef Fin.- u. Wirtsch.-D. EDA (3.-8.11.)

Berichterstatter

Dr. Guido Condrau, Direktor, Schweizerischer Bankverein

Paradeplatz 6, 8010 Zürich

Telefon: 01 - 223 26 00

Telefax: 01 - 223 41 16

(Die Beurteilungen von Frau Dr. M. Dubois und von Herrn Dr. A. Cornu wurden integriert)

Zürich, 20. Dezember 1991,
Bern, 21. Januar 1992.

BERICHT

KURZFASSUNG (Inhaltsverzeichnis)

1. *Organisatorisches*

1.1. Vorbereitung der Reise

Die Reise wurde durch das EDA, Polit. Abt. I in Zusammenarbeit mit dem EFD und der Botschaft in Stockholm vorbereitet. - Es war ein Nachteil, dass wir in den baltischen Staaten noch keine Vertretung haben.

1.2. Ablauf der Reise

Trotz kurzfristiger Terminvereinbarungen von Tallinn aus war es möglich, die richtigen Gesprächspartner zu treffen. Vor allem in Vilnius wurde die Delegation sowohl vom Ministerpräsidenten als auch vom Staatspräsidenten Landsbergis empfangen.

1.3. Budget und Abrechnung

Das Budget von Fr. 30'000 konnte, trotzdem gewisse bekannte Auslagen nicht enthalten waren, eingehalten werden.

2. *Ausgangslage*

2.1. Botschafter J. Staehelins Reise ins Baltikum

Während dieser Reise wurde erstmals der Wunsch, schweizerische Hilfe im Währungs- und Bankensektor zu erhalten bekannt.

2.2. Litauische Delegation in der Schweiz

Sie bestätigte formell das Gesuch, von der Schweiz Unterstützung im Bankenbereich zu erhalten.

2.3. Tagung IWF und Weltbank in Bangkok

Die baltischen Delegationen bestätigten den Herren Bundesrat O. Stich, Nationalbankpräsident Dr. M. Lusser, Dr. U. Gygi und Minister A. Lautenberg die früher geäußerten Wünsche für technische Hilfe.

2.4. Der estnische Vizeausenminister in der Schweiz

Vizeausenminister Müllerson erklärte Herrn Botschafter Jenö Staehelin, Estland wäre an der schweizer Hilfe bei der Bankenreorganisation interessiert

3. *Politisches und wirtschaftliches Umfeld, sowie Stand der Reformen*

3.1. Allgemein

Die Balten hatten ein gemeinsames Ziel: Die staatsrechtliche Trennung von der Sowjetunion. Nachdem diese erreicht ist, will jeder Staat seine eigene Souveränität erlangen und ist kaum bereit, schicksalverbindende "Unionsverträge" einzugehen. Das erklärt sich aus der verschiedenen ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung, der Verschiedenheit der Sprachen und Geschichte. - Allerdings fehlen noch zahlreiche rechtliche Grundlagen. - Die Versorgungslage ist schlecht und der Aussenhandel Russland orientiert. Mit diesem Nachbarn will man gute Beziehungen aufrecht erhalten.

3.2. Noten- und Geschäftsbanken

Die Zentralbanken sind im Entstehen begriffen. Die Präsidenten sind z.T. sehr jung und niemand hat Erfahrung in Währungsfragen. Mit Hilfe des IWF wird in den drei Ländern die Einführung der neuen Währung in Eile vorbereitet. Im neuen zweistufigen Bankensystem soll die Zentralbank sich vom Handelsbankgeschäft trennen (Lettland und Litauen) und regierungsunabhängig sein.

3.3. Estland

Estland ist in seiner Entwicklung hin zur Marktwirtschaft am weitesten voran dank zahlreichen Joint Ventures mit Schweden und Finnland. Die Handelsbanken führen ihre Devisengeschäfte ihren Auslandskorrespondenten zu, wo die Guthaben liegen.

3.4. Lettland

Lettland ist als traditionelles Transitland russischer Exporte (3 Frachthäfen) stark Russland orientiert, auch in der Mentalität. Das Bankwesen operiert nach wie vor nach altem Stil und leitet Rubel- und Devisenzahlungen über Moskau, was grosse Verzögerungen auslöst.

3.5. Litauen

Litauen hat seine Unabhängigkeit bereits 18 Monate vor den anderen Balten erklärt und insofern einen Vorsprung. Allerdings ist hierfür eine grosser Preis bezahlt worden. Man arbeitet eifrig an den Reformen und hofft sehr, von der Schweiz tatkräftige Hilfe zur Reorganisation des Finanz- und Bankwesens zu erhalten.

4. *Andere, nicht schweizerische Projekte*

Der IWF und die Weltbank entwickelten eine rege Tätigkeit im Baltikum. Vorerst geht es um die Aufnahme der drei Länder in die Bretton Woods Institutionen. Vordringlich ist aber die Währungsreform und die Währungspolitik. In diesen Fragen pocht der IWF auf seine Federführung, begrüsst aber sehr von der Schweiz Experten zu erhalten für Zentralbankfragen und Bankfachleute, um das Handelsbankgeschäft vom Zentralbankgeschäft zu trennen (Lettland, Litauen). Das U.S. Treasury unterstützt den IWF hat aber auch eigene Programme für Beratung und Schulung. Die vom Hudson Institute (Indianapolis) vorgeschlagene Idee der Gründung eines Baltic Banking Institutes wird vom Treasury unterstützt. Es scheint den Amerikanern gelungen zu sein, die Balten zu überzeugen, dass nicht jedes Land ein eigenes Institut erhalten kann. Das U.S. Treasury ist sehr daran interessiert, dass die Schweiz sich an einem solchen Institut beteiligt.

Schweden und Finnland haben bereits eigene Programme eingeleitet. Die Bank für Europäischen Wiederaufbau und Entwicklung sowie die BIZ haben ihre Hilfe zugesagt aber noch nicht präzisiert.

5. *Ermittlung der Bedürfnisse und Evaluation von Projekten*

Die Bedürfnisse sind sehr gross und es gibt noch relativ wenig Projekte anderer Länder, die bereits laufen.

5.1. Bereich Finanzministerium

Im Bereich Finanzministerium steht vor allem die Beratung des **estnischen** Ministeriums im Vordergrund (Steuerwesen, Budgetwesen). - In **Lettland** steht man noch ganz am Anfang bei der Organisation und Einrichtung des Finanzministeriums. Es steht hier die gleiche Aufgabe bevor wie der Mission Probst für die Einrichtung des Aussenministeriums. - In **Litauen** ist das Finanzministerium zwar organisiert, aber die Leute müssen noch marktwirtschaftlich geschult werden. Folgende Projekte werden vorgeschlagen:

- Beratung in Estland aufgrund des Begehrens des Finanzministers (5.1.1.) in verschiedenen Bereichen
- Beratung in Lettland für die Organisation des Finanzministeriums
- Schulung in Litauen für Abteilungsdirektoren und Sachbearbeiter als Einführung in die Marktwirtschaft.

Für diese Projekte kommen die vom EFD vorzuschlagenden Experten in Frage.

5.2. Bereich Zentralbanken

Im Bereich **Zentralbank** stehen folgende Projekte im Vordergrund:

Schulung der Kader der drei baltischen Zentralbanken in den von der SNB durchgeführten Seminare in Gerzensee.

In **Estland** scheint man der nordischen Hilfe den Vorzug zu geben. - In **Lettland** und in **Litauen** kommt spezifische Ausbildung am Arbeitsplatz teils auch in der Schweiz mit begleitender Beratung in Frage. Der litauische Gouverneur der Zentralbank hat einen langen Wunschzettel vorgelegt.

Für diese Projekte wird die SNB - in Absprache mit dem IWF - Experten zur Verfügung stellen.

5.3. Bereich Bankenaufsicht

Im Bereich **Bankenaufsicht** sind die drei Länder überhaupt nicht und die Zentralbankgouverneure kaum sensibilisiert. Lediglich die litauische Zentralbank zeigte dafür Interesse.

Die Eidgenössische Bankenkommision soll hiefür die Experten zur Verfügung stellen bzw. vorschlagen.

5.4. Bereich Banken

Im Bereich Banken wurden zwei Projekte identifiziert, welche insbesondere in Litauen und Lettland begehrt werden:

- Beratung für die Trennung des Handelsbankgeschäftes von der Zentralbank, Organisation der Kreditabteilung der Handelsbanken.

- Schulung von Bankkadern aller Stufen und in mehrstufigen Kursen, verteilt über drei Jahre, vor Ort und in der Landessprache.

Diese Trennung des Handelsgeschäfts und der Aufbau der Kreditabteilungen sind zwei Gebiete, welche dringend und mit westlicher Hilfe restrukturiert werden müssen. Auch diese Aufgaben sind in Absprache mit dem IWF und der Weltbank in Angriff zu nehmen.

Die notwendigen Experten sind bei den Grossbanken zu rekrutieren, indem diese Institute Persönlichkeiten vorschlagen sollen, die über internationale Krediterfahrung und Erfahrung im Bereich der Schuldenkonsolidierungen verfügen.

6. Schlussfolgerungen

Teilprojekt 1 : Beratung

Bereich Finanzministerium:

- in **Estland** für Budgetfragen, Steuerfragen
- in **Lettland** für Organisation des Finanzministeriums
- in **Litauen** für Steuerfragen

Bereich Zentralbanken:

- in **Estland** vorderhand keine
- in **Lettland** für Währungs- und Devisenfragen
- in **Litauen** für Währungs- und Devisenfragen, sowie für allgemeine zentralbanktechnische Fragen

Bereich Bankenaufsicht:

- in **Litauen**

Bereich Handelsbanken:

- in **Lettland** und **Litauen**
 - für Trennung des Handelsbankgeschäftes vom Zentralbankgeschäft
 - für Organisation der Kreditabteilungen in den Handelsbanken.

Teilprojekt 2 : Schulung

Wenn die vom U.S. Treasury projektierte Gründung des Baltic Banking Institutes zustande kommt, wird es angebracht sein, dass die Schweiz sich am Projekt beteiligt. Falls das Institut nicht gegründet werden kann, sollen besondere Ausbildungskurse für die Bereiche Finanzministerium und Handelsbanken durchgeführt werden.

Bereich Finanzministerium:

- in **Litauen** Schulung von Abteilungsleitern und Sachbearbeitern als Einführung in die Marktwirtschaft

Bereich Zentralbanken:

- in allen drei Ländern Einladung von qualifizierten Leuten zur Teilnahme an den SNB Kursen in Gerzensee
- in **Lettland** Ausbildung am Arbeitsplatz in der Schweiz und in Riga in Anlehnung an Beratung (allg. Zentralbankfragen und Zahlungsverkehr)
- in **Litauen** Ausbildung am Arbeitsplatz in der Schweiz und in Vilnius gemäss Begehren der Lietuvos Bankas.

CONDRAU SCHLUSSBERICHT:MISSION GYGI IM BALTIKUM

Bereich Banken:

- In **Lettland** und **Litauen** Durchführung von mehrstufigen Kursen während drei Jahren, vor Ort und in der Landessprache, wobei die Teilnehmer bzw. deren Institute die lokalen Kosten (Infrastruktur vor Ort, Kost, Logis und zum Teil Uebersetzung) zu tragen haben.

Teilprojekt 3 : Technische Hilfe

Wird zwar gewünscht, kann aber mit Ausnahme der Beratung und Schulung erst später evaluiert werden.

7. Notwendige Ressourcen**8. Anträge**

8.1. Es sollen für das

▪ Teilprojekt 1 : Beratungen	Fr. 4'000'000.--
▪ Teilprojekt 2 : Schulung	Fr. 4'320'000.--
Total Projekt Baltikum	Fr. 8'320'000.--

bewilligt werden.

8.2. Zu diesem Zweck sollen

- dem Direktorium der SNB vorgeschlagen werden, zu Lasten der Rechnung 1992 der SNB die Schulung von Zentralbankbeamten des Baltikums in Gerzensee zu übernehmen und die personellen Ressourcen für die Zentralbankexperten zur Verfügung zu stellen,
- die Projekte Schulung und Beratungen im Bereich Finanzministerium, Zentralbanken, Bankenaufsicht und Handelsbanken zu Lasten des Fr. 800 Mio. Kredites zur Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit Ost- und Mittel-Europäischen Staaten gemäss Botschaft vom 23. September 1991 finanziert werden.

B E R I C H T

1. Organisatorisches

1.1. Vorbereitung der Reise

Die Vorbereitungsarbeiten für die Erkundungsreise wurden durch die Politische Abteilung I (EDA), in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFD), dem Finanz- und Wirtschaftsdienst (EDA) und der schweizerischen Botschaft in Stockholm erledigt.

Anlässlich einer von Herrn Dr. U. Gygi geleiteten Sitzung der Delegationsteilnehmer und der Vertreter der betroffenen Abteilungen des EDA und des EFD vom 29. Oktober 1991 in Bern, sind die Ziele und die Zusammensetzung der Delegation definiert, sowie die Vorbereitungsarbeiten verteilt worden. Dabei wurde festgelegt, dass Herr Dr. G. Condrau nach Rückkehr der Delegation in die Schweiz, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und das U.S. Treasury in Washington und die Europäische Bank für Wiederaufbau in London besuchen soll, um abzuklären wie die schweizerischen Projekte mit denen der internationalen Organisationen und des U.S. Treasury Departments koordiniert werden können.

In Anbetracht dessen, dass die Reisen der Delegationsmitglieder des EDA, des EFD und der SNB als ordentliche Dienstreise qualifiziert wurden und, dass der Schweizerische Bankverein Herrn Dr. G. Condrau für die Dauer der Mission kostenfrei zur Verfügung stellte, waren nur mit Frau M. Condrau und Herrn Dr. A.

Cornu Arbeitsverträge abzuschliessen. Für die Durchführung der Reise konnte ein Lear-Jet des EMD kostenfrei verwendet werden. Zu Lasten des Budgets fielen demzufolge, nebst den Mandaten von Frau Condrau und Herrn Dr. Cornu die Miete von zwei Personenwagen mit Fahrern, die Reise- und Hotelspesen von Herrn und Frau Dr. Condrau und Herrn Dr. Cornu, sowie die Reise- und Hotelspesen Washington und London von Herrn Dr. G. Condrau.

Für die Festlegung der Besprechungstermine in Tallinn, Riga und Vilnius sowie für die Hotelreservierungen, setzte sich die schweizerische Botschaft in Stockholm mit den dortigen diplomatischen Vertretungen Estlands, Lettlands und Litauens in Verbindung. Trotz des eifrigen Einsatzes unserer Botschaft waren vor Antritt der Reise keine Bestätigungen für die Besuchstermine zu erhalten. (Dies war ein spürbarer Nachteil des gegenwärtigen Fehlens einer schweizerischen Vertretung im Baltikum). Die Termine konnten erst von Tallinn aus telefonisch festgelegt werden, indem Frau Condrau mit den verantwortlichen Personen in Tallinn und Riga Russisch und in Vilnius Litauisch sprach.

1.2. Ablauf der Reise

Der Ablauf erfolgte planmässig, wobei zwar immer wieder angeblich unüberwindbare organisatorische Schwierigkeiten, wie fehlende Zimmerreservierungen, Unflexibilität des Flugplatzdirektors in Tallinn und Ähnliches auftraten, die aber durch **deutliches** Russisch unserer Dolmetscherin aus dem Weg geräumt wurden.

Die Durchführung der Reise in zwei Phasen hat sich bewährt. In der ersten waren die Herren Dr. U. Gygi und Minister A. Lautenberg anwesend, sie konnten in den drei Ländern die wichtigsten Gespräche führen. Dabei ging es um erste Kontaktnahmen

sowie Präsentation unseres Vorhabens. In der zweiten Phase wurden die Gespräche durch die Fachexperten der SNB, der Bankenaufsicht und des Bankwesens mit den entsprechenden baltischen Vertretern geführt. Herr F. Gruber begleitete die Delegation als Vertreter des EDA und benutzte seinerseits die Gelegenheit, mit den Aussenministerien der drei Länder wertvolle persönliche Beziehungen herzustellen. Die Gespräche diplomatischen Inhalts, welche Herr F. Gruber in den drei Hauptstädten führte, sind in drei selbständigen Notizen, adressiert an Herrn Botschafter Jenö Staehelin, Vorsteher der Politischen Abteilung I, EDA, festgehalten, nämlich:

- Représentation suisse en Lituanie (Note 19.11.91)
- Estonie: Consul Honoraire Genève (Note 19.11.91)
- Riga: Suites à la Mission Probst (Note 21.11.91)

Trotzdem zahlreiche Gespräche in englischer Sprache geführt werden konnten und die Finanzminister in Tallinn und Vilnius ihre eigenen Uebersetzer hatten, bestätigte sich die Notwendigkeit, der Delegation eine eigene Uebersetzerin für Russisch und Litauisch zuzuordnen. Mit wenigen Ausnahmen musste - insbesondere in der zweiten Hälfte der Reise, als die Gespräche mit Abteilungsleitern und Sachbearbeitern geführt wurden - auf Russisch ausgewichen werden, denn dies war oft die einzige Fremdsprache, welche die Gesprächspartner in Tallinn und Riga verstanden.

1.3. Budget und Abrechnung

Bei der Vorbereitung der Reise wurde von der Direktion für Internationale Organisationen, Koordination für Osteuropa, ein Budget erstellt, das wie folgt spezifiziert war und benutzt wurde:

Text	Budget	effektive Auslagen
Baltikum	26'200.--	18'718.95
Washington	3'800.--	5'106.90
London	--	1'850.90
Total	Fr. 30'000.--	25'676.75

Die Details zu den oben aufgeführten effektiven Auslagen und die dazugehörigen Belege wurden vom Delegationsleiter visiert und an die zuständige Stelle weitergeleitet.

Da die Delegation festgestellt hatte, dass in allen drei Ländern wesentliche Standardwerke der einschlägigen Fachliteratur nicht vorhanden waren und die Devisen für deren Beschaffung fehlten, beantragte Herr F. Gruber am 6. Dezember 1991 bei der Politischen Abteilung I (EDA) einen Kredit von Fr. 16'500 für den Kauf und die Lieferung von Fachliteratur betr. Marktwirtschaft und Banking. Dieser Kredit wurde im Rahmen des Spezialkredites : Fr. 5 Mio. (Ref. 201.3600.169) bewilligt. (**Beilage Nr. 1**).

2. Ausgangslage

2.1. Botschafter J. Staehelins Reise ins Baltikum

Als Herr Botschafter Jenö Staehelin anfangs September (2.-5.1991) die baltischen Staaten, im Hinblick auf deren völkerrechtliche Anerkennung durch die Schweiz, besuchte, wurde von diesen erstmals der Wunsch geäußert, von der Schweiz technische Hilfe für die Reform des Banken- und Finanzbereiches zu erhalten.

2.2. Litauische Delegation in der Schweiz

Mitte September besuchte eine offizielle litauische Delegation, unter der Führung von Herrn Vilenas Vadapalos, Regierungsberater des litauischen Premierministers, die Schweiz und wurde u.a. am 19. September 1991 von den Herren Dr. U. Gygi und D. Kaeser von der Eidg. Finanzverwaltung, Minister A. Lautenberg und Th. Kolly vom Finanz- und Wirtschaftsdienst, sowie P. Pardo von der Politischen Abteilung I des Eidg. Departements für Auswärtige Angelegenheiten empfangen. Anlässlich dieses Besuches wurde Litauens Wunsch zum Ausdruck gebracht:

"von der Schweiz Unterstützung zum Aufbau resp. zur Umstrukturierung der Zentralbank, eines Privatbankensystems und einer Bankenaufsichtsbehörde zu erhalten".1)

Dabei wurde insbesondere auf die Reform des Bankwesens hingewiesen, wobei die Schweizer Banken eine Beraterfunktion ausüben könnten. Ferner:

1) Pflichtenheft "Fact Finding Mission in die baltischen Staaten" (31.10.1991) s.C.41.El.731.0, s.C.41.Let.731.0, s.C.Lit.731.0

"Die Litauer sehen hinsichtlich der schweizerischen Unterstützungsjaktion eine klare Priorität bei der Einrichtung eines Geschäftsbankensystems." 2)

2.3. Tagung IWF und Weltbank in Bangkok

Die Herren Bundesrat O. Stich, Nationalbankpräsident Dr. M. Lusser, Dr. U. Gygi und Minister A. Lautenberg hatten im Oktober in Bangkok, anlässlich der Jahrestagung des Internationalen Währungs fonds und der Weltbank, Gelegenheit mit dem litauischen Premierminister und mit der vom Präsidenten der Zentralbank angeführten lettischen Delegation zu sprechen. Sowohl Litauen als auch Lettland bekundeten ihr Interesse bezüglich einer schweizerischen Unterstützung im Bankenbereich.

2.4. Der estnische Vizeausserminister in der Schweiz

Der estnische Vizeausserminister Müllerson bekundete anlässlich seines Besuches in der Schweiz am 21. Oktober 1991 gegenüber Herrn Botschafter J. Staehelin das Interesse seines Landes an der Hilfe der Schweiz zur Umstrukturierung des estnischen Bankwesens.

2) Brief EDA an Schweizerische Botschaft, Stockholm, betr. Zusammenarbeit der Schweiz mit den baltischen Staaten (23.9.1991), s.C.41.El.731.0, s.C.41.Let.731.0, s.C.41.Lit.731.0

3. Politisches und wirtschaftliches Umfeld, sowie Stand der Reformen

3.1. Allgemein

Das politische und wirtschaftliche Umfeld der drei baltischen Staaten ist in mancher Hinsicht gleich. Dieser Umstand darf uns aber nicht dazu verleiten, die tief verwurzelten Unterschiede zu übersehen.

Im **politischen Bereich** hatten die drei Länder während der letzten fünf Jahre seit Glasnost und Perestroika, ein gemeinsames Ziel: **Die staatsrechtliche Trennung von der Sowjetunion**. Seit der internationalen, völkerrechtlichen Anerkennung der Länder drängt aber jedes auf eine eigene politische und wirtschaftliche Entwicklung. Dafür gibt es zwei wichtige, ethnische Gründe: (1) Jedes Land hat seine eigene Sprache und es gibt kaum Leute, welche eine zweite oder gar alle drei baltischen Sprachen sprechen. Der gemeinsame Nenner wird im Russischen gefunden. (Russisch war bis 1989 in allen Schulen der COMECON-Länder Pflichtfach). (2) Der russische Bevölkerungsanteil ist in den drei Ländern verschieden. 1989 wiesen die drei Länder folgende Bevölkerungsstrukturen auf:

Land	Einwohner	davon:
Litauen	3'700'000	9 % Russen
		8 % Polen
Lettland	2'700'000	34 % Russen
Estland	1'600'000	30 % Russen

Als Folge dieser ethnischen Unterschiede ist erklärlich, warum Litauen am 11. März 1990, Estland und Lettland aber erst nach dem Scheitern des kommunistischen Putsches (21. August 1991) ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion proklamierten.

Man ist sich zwar vielerorts der Vorteile eines politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses bewusst, aber zuerst muss die nationale Unabhängigkeit des Landes sichergestellt sein. Allerdings wurde am 8. November 1991 in Tallinn die "Baltic Assembly" gegründet. Es handelt sich um eine "interparlamentarische konsultative Organisation", die versuchen soll, die (internationale) Politik der baltischen Staaten zu koordinieren.³⁾ In gleicher Absicht eröffnete der baltische Rat in Riga ein Büro.

Heute ist die kommunistische Partei zwar verboten; die Personen, die an den wichtigen Schaltstellen sitzen, sind häufig die gleichen geblieben. Dies scheint selbst für die Parlamente in hohem Masse zu gelten. Der Personenkreis, der fähig ist, Reformen durchzuführen, ist in allen Ländern noch ausserordentlich klein. Der personelle Engpass äussert sich darin, dass neue Funktionen, wie diejenige des Notenbankgouverneurs von sehr jungen Leuten wahrgenommen werden. Der Notenbankgouverneur der Bank von Lettland ist 28 Jahre alt und unerfahren. - Wer in der ehemaligen Sowjetunion Erfahrung hat, hat falsche Erfahrungen. Beim Stellvertreter des Gouverneurs kann Englisch nicht mehr vorausgesetzt werden. Auf der nächsten Stufe begegneten wir ausschliesslich "sowjetischen" Funktionären und kommunizierten mit Hilfe russischer Uebersetzung.

Ein tieferes Verständnis der Marktwirtschaft fehlt noch weitgehend. Es ist zu erwarten, dass insbesondere die Konzepte des Preises und des unternehmerischen Risikos ambivalente Reaktionen auslösen werden. Das Konzept eines "gerechten" Preises, der die Produktionskosten und einen angemessenen Gewinn reflektiert, wäre

3) vgl. The Baltic Independent No. 85, (15.11.1991)

wohl leichter zu akzeptieren als die marktwirtschaftliche Vorstellung eines markträumenden Preises, der je nach Knappheitsverhältnissen sehr unterschiedliche Gewinne bedeutet. Die Preisliberalisierung stösst auf Schwierigkeiten, da sie zu massiven Preiserhöhungen führt. In Estland, wo sie am weitesten fortgeschritten ist, behält sich der Staat selektiv Preissetzungs- und Zustimmungskompetenzen vor. In Litauen scheiterte die Regierung Prunskiene Ende 1990 an der geplanten Wirtschaftsreform und nicht zuletzt an der Preisliberalisierung. Sie wird erst jetzt durchgeführt. Alles in allem ist somit noch offen, in welchem Ausmass die Bevölkerung die Implikationen der Marktwirtschaft, wenn sie einmal voll begriffen sind, akzeptieren wird. Mit dem unternehmerischen Risiko von Gewinn und Verlust wurden noch kaum Erfahrungen gemacht, da die Privatisierung erst in den Anfängen steckt.

Die rechtlichen Grundlagen für die marktwirtschaftlichen Reformen sind in Vorbereitung. Dazu gehören insbesondere die Staatsverfassung, Gesetze über die Staatsbürgerschaft, die Notenbank- und die Bankengesetzgebung. In Litauen wurde die Delegation von Präsident Landsbergis ersucht, zum Entwurf des Bankengesetzes Stellung zu nehmen.

Im Vergleich zu den mitteleuropäischen Ländern besteht in den ehemaligen Sowjetrepubliken eine Reihe zusätzlicher Probleme. Eine besondere Schwierigkeit bei der Einführung der Marktwirtschaft bildet die monopolistische und sehr einseitige Produktionsstruktur, welche die starke Arbeitsteilung in der ehemaligen Sowjetunion hinterlässt. Daraus folgt auch, dass der Löwenanteil des Aussenhandels mit der ehemaligen Sowjetunion abgewickelt wird, und eine sehr starke Importabhängigkeit besteht. So wichtig die Oeffnung nach dem Westen für die baltischen Länder ist, sie

werden nicht darum herumkommen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den östlichen Nachbarn neu zu regeln.

Die wirtschaftliche Versorgungslage ist vor allem in Litauen schlecht, in Estland dank der Nähe zu Finnland am besten. Die Geschäftsregale sind in allen drei Ländern praktisch leer. In Estland werden Ausländer des öfteren gezwungen, die in Rubel angeschriebenen Preise in harter Währung zu bezahlen, und zwar zu einem Umrechnungskurs, der einigermaßen die Kaufkraftparität herstellt. In Lettland und Litauen können dagegen Rubelpreise bezahlt werden, die für Besucher aus westlichen Ländern groteske Relationen ergeben, beispielsweise einen Preis von 40 Rappen für ein Nachtessen. Dass die Bevölkerung besser gekleidet ist, als man aufgrund des fehlenden Warenangebotes annehmen würde, ist darauf zurückzuführen, dass die Güter in erheblichem Mass über andere Kanäle zugeteilt werden. Insgesamt vermitteln die drei Hauptstädte einen ärmlichen Eindruck, jedoch nicht das Bild der Armut. Die Gebäude in den grossen und sehr schönen alten Stadtteilen sind häufig schwer vernachlässigt. In den baltischen Staaten rechnet man - wie man uns bei der Bank von Lettland versicherte - trotz allen Schwierigkeiten diesen Winter nicht mit einer Hungersnot.

In **wirtschaftlicher** Hinsicht sind die drei Staaten auf die Länder der Sowjetunion ausgerichtet und betreiben kaum Handel unter sich. 92-98 % des Aussenhandels wird im Rubel-Raum, grösstenteils mit Russland abgewickelt. Bei der Erschliessung neuer Handelsbeziehungen sind die Estländer in Skandinavien, insbesondere in Schweden erfolgreich. Lettland möchte wenn immer möglich, die bestehenden Handelsbeziehungen weiterführen, ohne sich westlichen Angeboten zu verschliessen. Litauen konnte wegen der geographischen Lage der Hauptstadt und fehlenden direkten

Flugverbindungen bisher nur wenige Handelsbeziehungen mit dem Westen anknüpfen. Schweden bewirbt sich bereits seit 1989 um die Gunst der Balten. Zu diesem Zweck wurde bereits damals eine Mission in Tallinn mit sechs und in Riga mit vier ständigen Diplomaten errichtet.

In der Uebergangsphase von der Plan- zur Marktwirtschaft geht es den drei Ländern darum, sich sukzessive von den politischen und wirtschaftlichen Strukturen der ehemaligen Sowjetunion zu lösen, damit sie als Völkerrechtssubjekte nicht nur international, sondern auch von den östlichen Nachbarn als gleichberechtigt anerkannt werden. Die politischen Beziehungen müssen so entfaltet werden, dass die bestehenden Handelsbeziehungen weitergeführt und schliesslich in solche umgewandelt werden, wie sie zwischen zwei souveränen Staaten, die normalisierten bilateralen Handel betreiben, bestehen. Auf diese Prioritäten sowie auf die Schwierigkeiten, Rechtstaaten mit einer funktionierenden Gewaltentrennung zwischen Gesetzgebung, Regierung und Rechtsetzung und ein von Politik und Verwaltung unabhängiges Währungssystem einzurichten, wurde bereits im Zwischenbericht der Herren Dr. U. Gygi und Minister A. Lautenberg hingewiesen 4) (**Beilage Nr. 2**).

3.2. Noten- und Geschäftsbanken

Die **Notenbanken** der drei baltischen Staaten befinden sich noch in einem embryonalen Zustand. Sie üben heute vor allem zwei Funktionen aus. Die Notenbank besorgt einerseits die Versorgung mit Rubel. Wie uns die Leiterin des "Money Circulation Department" der Bank von Lettland erklärte, werden Rubel bei der Staatsbank (Gosbank) in Moskau bestellt und an die Unternehmen verteilt.

4) Mission d'exploration en vue d'une assistance en matière bancaire et financière aux pays baltes.- Une première évaluation", (12.11.1991)

"Ueberschüssige" Rubel, d.h. Beträge die nicht für Lohnzahlungen erforderlich sind, werden von einem Inkasso-Team wieder eingesammelt. Der Rubelentwertung wird durch Lohnerhöhungen und entsprechend grösseren Rubelbestellungen begegnet. Die Bank von Lettland wickelt 80 % ihrer Zahlungen in Rubel ab. Die zweite Aufgabe der Notenbanken hat transitorischen Charakter und besteht nach der Uebernahme früherer sowjetischer Staatsbanken (z.B. Agrar-, Industrie-, Sparbank) in der Ausübung von Bankenfunktionen. Die Niederlassungen der sowjetischen Staatsbank (Gosbank) konnten in allen drei Ländern noch nicht übernommen werden. Dasselbe gilt für die sowjetische Aussenhandelsbank (Vneshekonombank, VEB) in Lettland und Litauen. Devisengeschäfte werden allerdings immer weniger mit der VEB, sondern direkt über Korrespondenten in westlichen Ländern getätigt. Dieses Verhalten verstärkt die Devisen-Illiquidität der VEB.

Die Einführung einer **eigenen Währung** wird vorbereitet, so dass der Uebergang im Jahre 1992 vollzogen werden könnte. Der Zeitpunkt wird einerseits vom Gang der Vorbereitungen und andererseits von der Geschwindigkeit des Kaufkraftzerfalls des Rubels abhängen. Es ist auch denkbar, dass die Republik Russland eine eigene Währung einführt. In Estland sind die neuen Banknoten ("Kroon", Krone) bereits gedruckt. In Lettland war eine grössere Zurückhaltung im Hinblick auf eine rasche Einführung der Währung ("Lat") zu spüren. In Litauen scheint der Auftrag zur Produktion der Währung ("Litas") bereits erteilt worden zu sein. Die Währungsreform wird verständlicherweise vertraulich behandelt. Dies betrifft Fragen wie die Deckung der Währung, die Fixierung des Wechselkurses gegenüber harten Währungen und gegenüber dem Rubel, die Form des Währungstausches, die Konvertibilität der Währung und die allfällige Einführung von Schutzzöllen. Zum Teil

dürften diese Fragen vermutlich noch nicht vollständig geklärt sein. In Estland und Lettland wird eine Bindung des Wechselkurses an den ECU erwogen. Die Frage, ob die Ertragsbilanzsituation eine solche Bindung sinnvoll mache, wurde nicht ganz überzeugend bejaht. Im industriellen Bereich dürften Änderungen in der Struktur der Rohstoff-, Vorleistungsimporte sowie erhebliche Sortimentsumstellungen und technologische Verbesserungen erforderlich sein, bis die baltischen Staaten international wettbewerbsfähig sind. Der IWF wird den Schwerpunkt seiner Beratertätigkeit im Bereich von Währungsreform, Zentralbankaufbau, Geld- und Fiskalpolitik setzen und Koordinationsaufgaben übernehmen. Eine Delegation des Central Banking Department des IWF reiste anfangs Dezember in die baltischen Länder. Da insbesondere der IWF - aber auch die Weltbank - nur beschränkte Ressourcen für technische Hilfe zur Verfügung haben und in der ehemaligen Sowjetunion noch viele Aufgaben seiner harren, wird auf nationaler Ebene noch viel zu tun bleiben.

Die baltischen Staaten streben ein **zweistufiges Bankensystem** an. In den drei Ländern sind heute zwischen 10 und 30 Geschäftsbanken tätig. Sie gewähren Kredite, tätigen Devisengeschäfte und wickeln Zahlungen ab. Die Devisengeschäfte werden teilweise über die sowjetische VEB, zunehmend jedoch über Korrespondentenbanken im Westen abgewickelt. Nach dem Vorbild der Nordischen Investitionsbank wurde eine Baltische Investitionsbank gegründet. Ein Kreditkartensystem (Visa) soll Ende 1992 eingeführt werden. Eine Bankenaufsicht besteht nicht und die Einsicht der Notwendigkeit ist nicht überall gegeben.

3.3. Estland

Die Esten sind kühl, eher verschlossen und pragmatisch. Sie konnten die Wirtschaftsreform bereits weit vorantreiben dank dem Umstand, dass seit 1987 (d.h. seit Inkrafttreten des Joint-Venture-Gesetzes in der Sowjetunion) hier zahlreiche Joint-Venturs mit finnischen und schwedischen Partnern gegründet worden sind.

Estland konnte am 10. November 1991 mit der Sowjetunion erste Verhandlungen über den Rückzug sowjetischer Truppen, Rechtsfragen und Grenzbereinigung führen. Die Frage der Beteiligung Estlands an der Tilgung der sowjetischen Aussenschuld wurde bei diesen Verhandlungen nicht behandelt 5).

Estland verfügt über **Energierohstoffe** - vor allem Oelschiefer (wird zur Energieerzeugung verwendet) und Torf. 1988 wurden 24 % der Gesamtproduktion des Landes in die Sowjetunion oder in andere COMECON-Länder geliefert. Rund 29 % des estnischen Güterbedarfs wurde aus diesen Ländern importiert. Exportiert werden Energiegüter, Konsumgüter, Lebensmittel, und zwar vor allem nach Russland.

Am 7. November 1991 endeten die ersten britisch-estnischen Verhandlungen betreffend die Rückerstattung von **4,8 t Gold**, welche die englische Regierung unter Harold Wilson 1967, in Ausführung eines britisch-sowjetischen Abkommens verhöckert hatte, indem beide Seiten "agreed on the objective of reaching a mutually acceptable settlement as soon as possible" 6).

5) The Baltic Independent No. 85 (15.11.1991)

6) The Baltic Independent No. 85 (15.11.1991)

Im **Bankenbereich** entwickelte Estland seit 1988 eine Eigendynamik. Bereits im August 1988 hatte die Gosbank (Staats- und Zentralbank) der **Tartu Kommertspank** eine Universalbanklizenz (inkl. Devisengeschäfte) erteilt. Tartu Bank war die erste Handelsbank in der Sowjetunion, bis 1988 gab es in der UdSSR lediglich sechs staatliche Banken.

1990 erteilte die Gosbank der **Union Baltic Bank** eine Universalbanklizenz. Am 1. Oktober 1991 begann diese auch Geschäfte in frei konvertierbaren Devisen abzuwickeln. Die Union Baltic Bank ist eigentlich aus der Filiale der sowjetischen Vnesheconombank in Tallinn hervorgegangen und hat auch den grössten Teil der Belegschaft von dieser übernommen. Im Vergleich zur Tartu Bank und zur estnischen Zentralbank verfügt sie somit über Bankpersonal mit etwas internationaler Bankerfahrung im Dokumentargeschäft und Zahlungsverkehr.

Sowohl die Tartu Kommertspank als auch die Union Baltic Bank verfügen heute über eine Universalbanklizenz der estnischen Zentralbank, gültig für Estland, und der sowjetischen Gosbank, gültig für das ganze Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. (Tartu Bank hat eine Filiale in St. Petersburg und wird demnächst eine in Togliattigrad eröffnen).

Neben den beiden "Grossbanken" (Union Baltic Bank und Tartu Kommertspank) sind 27 Handelsbanken bei der Zentralbank registriert. Es handelt sich durchwegs um Institute mit lokaler Bedeutung.

Der Zahlungsverkehr in **Rubel** wird nach wie vor für alle estnischen Banken in Moskau über die Gosbank, der internationale Verkehr in **Devisen** durch die Vermittlung ausländischer Korrespondenzbanken direkt abgewickelt.

Die **estnische Zentralbank** befasst sich ausschliesslich mit Zentralbankfragen. Gemäss Beschluss des estnischen Parlaments vom 24. Oktober 1991 wird die Gosbank-Filiale in Tallinn mit der estnischen Zentralbank fusioniert und die Kompetenzen der Gosbank werden per 1. Januar 1992 auf die Bank of Estonia übertragen.

3.4. Lettland

Lettland ist sowohl politisch als auch ideologisch am stärksten dem alten Denken verbunden. Es ist zwar rohstoffarm, verfügt aber über Industrien (Elektrotechnik, Telekommunikation, Eisenbahnwagenbau) mit hohem Entwicklungsstand.

Das Land ist stark importabhängig (Erdöl und Erdgas). Ueber die drei **Frachthäfen** Riga, Ventspils und Liepaja laufen grosse Teile der sowjetischen Exporte. In Ventspils endet eine Pipeline im grössten Erdölhafen. Die hier umgeschlagenen Ausfuhren erbrachten (1988/89) einen Drittel der sowjetischen Deviseneinnahmen.

Am 6. November 1991 hat das lettische Parlament das Gesetz betreffend die **Währungsreform** angenommen 7).

In Lettland sind am 3. September 1991 die Filialen der **sowjetischen Banken** nationalisiert und mit der **Zentralbank fusioniert** worden. Im Gegensatz zu Estland

7) The Baltic Independent No. 84 (8.11.1991)

ist in Lettland das zweistufige Bankensystem (Zentralbank, übrige Banken) noch nicht verwirklicht worden. Diese neuen Handelsbank-Filialen der Zentralbank sollen aber verselbständigt und privatisiert werden, sobald die problematischen Kreditpositionen bereinigt sind.

In jüngster Zeit wurden zehn neue Handelsbanken gegründet. Die wichtigste ist die Kommerzbank.

Besitzer (exportorientierte Unternehmen) von **Hartwährungen** eröffnen Konti im Ausland, um auf diese Weise jederzeit über den gesamten Saldo der akkumulierten Hartwährung zu verfügen. Früher (bis August 1991) mussten alle Hartwährungseinnahmen und -Ausgaben über die Vnesheconombank geleitet werden. Dadurch wurden die Devisenbestände der Kontrolle und der Verfügungsgewalt Moskaus unterstellt.

Der Präsident der **Zentralbank** wird vom Parlament gewählt und ist diesem allein Rechenschaft schuldig. Damit ist die Trennung der Zentralbank von der Regierungsgewalt vollzogen. Die neue Währung soll an den ECU gebunden und möglicherweise 1992 eingeführt werden. Diese Bindung dürfte kaum durchführbar sein.

Die Gesetze betreffend Auslandsinvestitionen und Wechsel der Eigentumsstrukturen (Privatisierung ?) sind in Vorbereitung.

Der Interbank-Zahlungsverkehr ist sehr schwerfällig und langsam. (Der Transfer von Rubel von einer Bank in Riga auf die andere dauert sechs Wochen). Sämtliche Rubel-Zahlungen laufen nach wie vor über die Gosbank.

In Riga bestehen wie eh und je 22 Ministerien. Die ganze Verwaltung, inkl. Finanzministerium, funktioniert nach wie vor nach den Prinzipien der Kommandowirtschaft.

Ein grosser Teil der Kunden der Handelsbanken sind sowjetische Firmen oder deren Filialen in Lettland. Diese haben alle ihre Hartwährungskonti bei der Vnesheconombank in Moskau, daher wollen die Handelsbanken Lettlands mit der Vnesheconombank gute Beziehungen aufrecht erhalten.

3.5. Litauen

Am 29. Juli 1991 schloss Russland mit Litauen ein Abkommen betreffend die zwischenstaatlichen Beziehungen 8).

Das litauische Reformprogramm wurde am 11. November 1991, anlässlich des Ministertreffens der G 24 in Brüssel vorgelegt 9) (**Beilage 3**).

Im Oktober 1991 zogen viele Litauer die Sparguthaben, die sie bei den Sparkassen deponiert hatten, zurück, weil bekannt wurde, dass rund 70 % dieser Depositen bei der Moskauer Zentrale blockiert sind. Anfangs November 1991 beeilten sich die

8) Treaty between The Republic of Lithuania and the Russian Soviet Federated Socialist Republic on the Basis for Relations between States. - (unofficial translation, vom Berichterstatter der Politischen Abt. I, EDA, am 18. November 1991 zugestellt)

9) On the Road to radical political and economic Reform - G 24 Ministerial Meeting (pg 3: The package of reforms)

Sparer, bei den Sparkassen Depositenkonti (in Rubel) zu eröffnen im Hinblick auf die baldige Einführung der neuen litauischen Währung 10) .

Rund 27 % der im Land verbrauchten **Rohstoffe** und Güter stammen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion; umgekehrt werden 24 % der Produktion des Landes exportiert. Erdöl, Erdgas und Metallprodukte kommen aus der UdSSR. Die Landwirtschaft ist auf Fleisch- und Milchprodukte spezialisiert.

In der Erdölraffinerie in Mazeikiai wird Erdöl, das durch eine Pipeline aus Weissrussland kommt, verarbeitet und zum grössten Teil exportiert.

Die Industrie ist hauptsächlich in Kaunas konzentriert und spezialisiert in Elektrotechnik, Computerfertigung, Stromzähler, Radio- und Fernsehgeräte.

10) The Baltic Independent, No. 85 (15.11.1991)

4. Andere, nicht schweizerische Projekte

Zahlreiche nationale und internationale Organisationen stehen hilfsbereit zur Verfügung, um den ehemaligen COMECON-Ländern den Weg zur Marktwirtschaft zu finden helfen. Im Baltikum sind bzw. werden voraussichtlich engagiert sein:

- G 7
- G 24
- der Internationale Währungsfonds (IWF)
- die Weltbank
- die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
- die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)
- der Nordische Ministerrat
- die Nordische Investitionsbank
- das U.S. Treasury Department
- Finnland mit dem Aktionsplan für Zentral- und Osteuropäische Länder (dafür wurde für 1991/92 ein Betrag von Finnmark 100 Mio. bewilligt)
- verschiedene westliche Regierungen.

Der IWF und die Weltbank werden ihre Kredite, deren Beitrag noch nicht feststeht, erst dann zur Verfügung stellen, wenn das betreffende Empfängerland Mitglied der Bretton Woods Institutionen sein wird. Zwecks Definierung der Mitgliedschaft weilten im November und Dezember 1991 verschiedene Delegationen des IWF im Baltikum. Gleichzeitig besuchten auch Delegationen der Weltbank die drei Länder, um die Informationen und Grundlagen für die Länderberichte zu erarbeiten.

Beim IWF wird die Abteilung Zentralbanken sich mit den Fragen der technischen Hilfe in den drei baltischen Staaten befassen. (Zur Zeit unseres Besuches beim IWF in

Washington, befand sich eine Delegation dieser Abteilung im Baltikum, um verschiedene Projekte technischer Hilfe an Zentralbanken zu definieren). Der IWF plant, einen **Berater für Zentralbankfragen** ins Baltikum zu delegieren. In Zusammenarbeit mit G 24 erwartet der IWF von verschiedenen Zentralbanken Berater zur Verfügung gestellt zu erhalten, um Sonderfragen wie Instrumente der Währungspolitik, Bankenaufsicht usw. zu bearbeiten. Der IWF pflegt in diesen Fällen "Senior Advisers" (z.B. ehemalige Zentralbank-Verantwortliche) der hilfeschuchenden Zentralbank zur Verfügung zu stellen, und zwar für mehrere Zeitabschnitte von jeweils ca. 14 Tagen. Neben dieser Beratung erfolgt auch eine technische Hilfe, die durch Fachexperten von Zentralbanken während einer Periode von ca. 6 Monaten ausgeübt wird. Der IWF legt grossen Wert darauf, die technische Hilfe an die Zentralbanken im Baltikum selbst zu koordinieren. Der Währungsfonds würde eine technische Hilfe der schweizerischen Nationalbank durch den Einsatz von "Senior Advisers" und/oder Fachexperten im Baltikum sehr begrüßen, ebenfalls die Möglichkeit, baltische Zentralbankvertreter in der Schweiz, sei es in Kursen (Gerzensee), sei es durch temporären Einsatz auszubilden, vorausgesetzt, diese technische Hilfe werde mit dem Währungsfonds koordiniert. Für die Koordination der schweizerischen, technischen Hilfe beim Währungsfonds ist Herr Naepoort, Chef der baltischen Gruppe im "Central Banking Department" des IWF zuständig. Der Währungsfonds erwartet zu gegebener Zeit von der schweizerischen Nationalbank eine Bereitschaftserklärung und konkrete Vorschläge.

Der IWF befasst sich ebenfalls eingehend mit der Frage der **Trennung des Handelsbankgeschäftes** von den Zentralbanken in Litauen und Lettland. In Anbetracht dessen, dass es sich hierbei vor allem um Fragen des kommerziellen Bankwesens handelt, in welchem die Experten des Währungsfonds wenig Erfahrung

haben, würde es der IWF begrüßen, dafür die Hilfe eines erfahrenen schweizerischen Experten in Anspruch nehmen zu können. Hinzu kommt ebenfalls die Aufgabe der Restrukturierung des Bankwesens, wo wiederum auf den Temporäreinsatz von Fachexperten für einzelne Gebiete zurückgegriffen werden muss.

Die Tätigkeit der **Weltbank** im Baltikum beschränkt sich zur Zeit auf die Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen. Im Januar 1992 werden zwei Arbeitsgruppen während je 10 Tagen jedes Land besuchen. Die erste Gruppe wird sich mit makroökonomischen Problemen befassen und Fragen der Wirtschaftsreform, Landwirtschaft, Industrie und des Sozialwesens klären. Sie wird von Herrn Michaelopoulos geleitet. Die zweite Gruppe, unter Leitung von Herrn Jonathan Brown, wird Probleme der Infrastruktur, der Energie, des Umweltschutzes und Wohnungswesens bearbeiten. In der letzten Weltbank-Delegation (November 91) befassten sich zwei Sachbearbeiter mit dem Finanzsektor, und zwar klärten sie die Finanzpolitik und die Beziehungen zwischen der Zentralbank und den Handelsbanken ab. Bis jetzt hat die Weltbank noch kein Hilfsprojekt für das Baltikum definiert, auch nicht im Finanzbereich und ebensowenig im Bankwesen. Die Weltbank plant bis Mitte 1992 spruchreife Projekte bereit zu haben, dann sollten die Länder Mitglieder der Bretton Woods Institute sein. An einer Zusammenarbeit mit der Schweiz ist die Weltbank sehr interessiert.

Die **Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** (EB) wird ihre Strategie für die Aktivitäten im Baltikum Ende Januar festlegen. Bei der Beurteilung der Bedürfnisse der baltischen Länder sind die Experten der EB zu den gleichen Ergebnissen gelangt wie die Delegation Gygi. Das Bankensystem leidet unter der Last von grossen und zahlreichen notleidenden Krediten, und das Währungssystem unter

derjenigen der Unmöglichkeit, die von Moskau bestimmte Währungspolitik unter Kontrolle zu bringen. - In Anbetracht dessen, dass die EB (die ähnlich wie die Weltbank organisiert ist) Projekte finanziert, welche auf eine kommerzielle Basis gestellt sein müssen, unterscheidet sich ihre Tätigkeit wesentlich von der "Hilfeleistung" westlicher Länder und der Schweiz. Im Finanzbereich hat die EB bisher noch keine konkreten Finanzierungsprojekte identifiziert, welche für sie in Frage kämen. Weil die drei baltischen Staaten kleine Länder sind, erwartet man kaum Projekte, die gross genug wären, um eine Finanzierung durch die EB zu rechtfertigen. Vielmehr neigt man dazu, die Restrukturierung des lokalen Bankwesens zu unterstützen und die neuen Handelsbanken - wenn sie einmal reorganisiert sind - zu refinanzieren. Die Merchant Bank Abteilung sucht im Hinblick auf diese Tätigkeit Co-Finanzierungsgemeinschaften mit privaten westlichen Banken.

Im Gegensatz zur Merchant Bank Abteilung entfaltet die Entwicklungsbankabteilung ihre Tätigkeit auf breiterer Basis. In einer ersten Phase wird "Technische Hilfeleistung" angeboten. Zur Zeit handelt es sich namentlich um Projekte der Schulung. In einer zweiten Phase wird die EB sich an einer lokalen Bank beteiligen. Während sich zur Zeit zahlreiche Schulungsprojekte anbieten (die Bedürfnisse sind ausserordentlich gross) ist es noch verfrüht, im Baltikum von Beteiligungsprojekten zu sprechen, zuerst muss das ganze Bankwesen organisiert werden. Im Bereich der Schulung beabsichtigt die EB nicht ein eigenes Schulungssystem einzurichten, sondern vielmehr sich einem bestehenden anzuschliessen und dieses unterstützen. Der Nordic Council hat den Vorschlag gemacht unter der Ägide der Nordic Investment Bank in Helsinki den Vorschlag für eine Baltic Investment Bank auszuarbeiten welche ihrerseits drei Institute, nämlich eine Estonian Investment Bank, eine Latvian Investment Bank und eine Lithuanian Investment Bank ins Leben rufen sollen. Bei der

EB ist dieses Vorhaben auf Ablehnung gestossen, denn es würde die Flut neuer, internationaler Organisationen mit einem grossen administrativen Apparat vergrössern. Die EB hat der Nordic Investment Bank vorgeschlagen, Sonderguthaben auszuscheiden (z.B. Baltic Investment Fund u.a.), welche von der EB verwaltet und für spezielle Projekte eingesetzt würden. - Auch wenn zur Zeit die Strategie der EB für das Baltikum noch nicht definiert ist, steht die EB einer engen Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Hilfsprojekt Baltikum sehr wohlwollend gegenüber und verspricht sich Synergien bei der Verwirklichung der Projekte, vorerst im Bereich Beratung und Schulung, später auch bei der Co-Finanzierung von Investitionen im privaten und öffentlichen Bereich.

Das **U.S. Department of the Treasury** (Financial Sector, Technical Assistance for Eastern Europe) ist das Exekutivorgan der amerikanischen Regierung für die technische Hilfe in Osteuropa, welche seit 1991 auch die baltischen Staaten einschliesst 11). Für das Fiskaljahr 1991 bewilligte der Kongress US \$ 370 Mio., wovon US \$ 15 Mio. dem Treasury Department für technische Hilfe zur Verfügung gestellt wurden. (Für das Fiskaljahr 1992 soll der Betrag auf US \$ 400 Mio. erhöht werden). Die Technische Hilfe umfasst 1991 drei Projekte: **(1)** "Financial Advisors", **(2)** "Bank Training" und **(3)** "Tax Assistance". **(1)** Das Financial Advisors Projekt (US \$ 3,9 Mio.) sieht keine Hilfe im Baltikum vor. **(2)** Das Banker Training Projekt (US \$ 9 Mio.) besteht aus drei Teilprojekten, **(A)** Banker Training Institutes, **(B)** Training for Bankers, **(C)** Travel Assistance for Eastern European Bankers. - Das Teilprojekt **(A)** sieht vor in Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und im Baltikum, "Banker Training Institutes" zu errichten. Diese sollen kommerziell betrieben werden und sich selbst finanzieren können; in diesen Instituten sollen

11) Support for Eastern European Democracy (SEED) Act of 1989. - Deputy Secretary of State EAGLEBURGER is Coordinator of the U.S. Assistance to Eastern Europe

Bankfachleute der Handels- und Zentralbanken und anderer Finanzinstitute ausgebildet werden. (3) Das Tax Assistance Projekt (US \$ 2,1 Mio.) unterstützt die Empfängerländer (das Baltikum gehört nicht dazu) bei der Steuergesetzgebung, Steuerpolitik und Steuerverwaltung.

Die Errichtung eines **Baltischen Bankinstitutes**, welche u.a. ein Bestandteil des oben erwähnten Projektes Bankers Training des amerikanischen Tresors darstellt, und die vom Hudson Institut, welches Ende Oktober 1991 in Indianapolis einen baltischen Kongress für Währungs- und Finanzfragen durchgeführt hat 12) (**Beilage 4**), propagiert wird, ist auf Schwierigkeiten gestossen. Anlässlich unseres Besuches in Washington erklärte Herr Alexis Rieffel, Direktor im Treasury, dass der Deputy Secretary Robson derzeit im Baltikum weile, um Fragen grundlegender Natur, die im Zusammenhang mit der Evaluation des vom Hudson Institut vorgeschlagenen Projektes aufgetreten sind, vor Ort zu klären. Weil die drei baltischen Staaten sehr verschieden voneinander sind, wünscht sich jedes ein eigenes Bank- und Finanzinstitut. Nach seiner Rückkehr aus dem Baltikum war vom Deputy Secretary Robson zu erfahren, dass die zuständigen Behörden im Baltikum sich nun doch auf ein gemeinsames Institut werden einigen können. Das Hudson Institut übt ein Mandat des Treasury Departments aus im "Bankers Training Program". Es hat aber keineswegs die Federführung für das Projekt des Baltic Banking Institutes. Das U.S. Treasury würde es sehr begrüßen, dieses Projekt in Zusammenarbeit mit der Schweiz zu verwirklichen.

12) vgl. The Baltic Independent, No. 84, (8.11.1991), Joint Declaration of the Prime Ministers of Estonia, Latvia and Lithuania in Indianapolis, vgl. auch Currency Reform in the Baltic Republics a proposal. - Hudson Institute, Sep. 1991

Das U.S. Treasury unternimmt nichts im Bereich Zentralbanken ohne vorhergehend den IWF konsultiert zu haben. Andererseits hat die Weltbank eine führende Rolle bei allen Krediten die der Restrukturierung des Banksektors dienen. Sie pflegt in diesem Bereich regelmässig vom U.S. Treasury Department Unterstützung anzufordern.

Das Treasury brauchte mehr als ein Jahr, um seine Strategie für konkrete Hilfe in Osteuropa zu definieren. Die grösste Schwierigkeit lag darin, die Bedürfnisse zu ermitteln, denn "die Osteuropäer wissen nicht was sie wollen und was sie brauchen" (A. Rieffel). Jetzt sendet das Treasury Department Berater in die einzelnen Länder und hat bisweilen Mühe, geeignete Leute zu finden. Das U.S. Treasury ist bereit, seine Beratertätigkeit im Baltikum mit der Schweiz zu koordinieren und allenfalls zu teilen. Das Financial Advisor Projekt für das Fiskaljahr 1992 könnte diesbezüglich beeinflusst werden, denn es muss erst noch erstellt werden.

Der **Nordische Ministerrat**, bzw. Schweden und Finnland, haben bisher intensive Abklärungen über den Stand der Wirtschaft und der Bedürfnisse der baltischen Staaten gemacht. Es dürfte sich dabei zum Teil um makroökonomische Studien handeln, die ebenfalls von den Bretton Woods Instituten betrieben werden. Die Weltbank und der Währungsfonds sind über diese Aktivitäten nicht genau orientiert.

5. Ermittlung der Bedürfnisse und Evaluation von Projekten

Allgemein kann festgestellt werden, dass der Bedürfnis-Katalog ausländischer, internationaler Hilfe in den drei Bereichen Finanzministerium, Zentralbank und Bankwesen so gross ist, dass es sich für uns darum handelt, die wichtigsten Prioritäten zu erkennen und die von der Schweiz zu unterstützenden Projekte von denjenigen anderer Länder und internationalen Organisationen abzugrenzen, bzw. mit diesen zu koordinieren.

Die Möglichkeiten für schweizerische Beratungsprojekte im Bereich des Geld- und Bankenwesens sind zahlreich. Ebenso zahlreich sind auch die Delegationen, die zur Zeit die baltischen Staaten bereisen. Wir stellen fest, dass die Gesprächspartner uns aus verständlichen Gründen darüber eher zurückhaltend und unvollständig informieren. Der frühe Zeitpunkt unserer Erkundungsreise hat den Vorteil, dass wir uns rechtzeitig Gedanken machen können. Auf der anderen Seite fehlt zur Zeit noch die Grobstruktur und Koordination der Auslandhilfe, innerhalb derer wir uns zweckmässigerweise einordnen sollten.

5.1. Bereich Finanzministerium

In den drei Ländern musste das Finanzministerium neu gegründet und organisiert werden. Während in Litauen mit dieser Arbeit bereits im März 1990 begonnen wurde, konnte sie in Estland und Lettland erst Ende August 1991, d.h. nach der Erlangung der völkerrechtlichen Souveränität in Angriff genommen werden.

In Anbetracht dessen, dass die Ministerien erst im Aufbau sind, können wir im Bereich Finanzministerium folgende Projekte ins Auge fassen:

- **Beratung in Estland aufgrund des Begehrens des Finanzministers (5.1.1.) in verschiedenen Bereichen**
- **Beratung in Lettland für die Organisation des Finanzministeriums**
- **Schulung in Litauen für Abteilungsdirektoren und Sachbearbeiter als Einführung in die Marktwirtschaft.**

5.1.1. In Estland erfahren wir von Finanzminister Rein Miller, dass er zwar mit seinen Kollegen in Lettland und Litauen spricht, aber jedes Land will seine eigene Finanzpolitik entwickeln und in der Gesetzgebung betr. Finanz- und Zollfragen frei sein. Trotzdem man in Estland erst vor drei Monaten mit dem Aufbau eines eigenen Finanzministeriums beginnen konnte, hat man bereits sehr konkrete Vorstellungen über Organisation und Gestaltung des Ministeriums. Der Finanzminister formuliert seine Bedürfnisse und Begehren für schweizerische Hilfe in einem Brief an Herrn Dr. U. Gygi, Direktor der Eidg. Finanzverwaltung, vom 14. November 1991 (**Beilage 5**) in folgenden Gebieten:

- (1) **Budget-System der Schweiz**
 - (1.1.) **Disposition des Budgets (Staats-, Gemeindebudget)**
 - (1.2.) **Begriffsbestimmungen der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben**
 - (1.3.) **Basis für die Erstellung von Budgets (Staat und Gemeinde)**
 - (1.4.) **Vorgehen bei der Erstellung, Beratung und Bewilligung des Budgets**
- (2) **Schweizerisches Steuersystem (im Brief mangels Kenntnis unpräzise)**
 - (2.1.) **Bundessteuern**
 - (2.2.) **Staats- und Gemeindesteuern**

- (2.3.) **Kontrollsystem für korrekte Steuererklärung und Steuerzahlung**
- (3.) **Finanzierung des Aussenhandels**
- (4.) **Landwirtschaftliche Subventionen**
- (5.) **Finanzanlagen ausserhalb Budget**

5.1.2. In Lettland hat man das Finanzministerium noch nicht organisiert. Es erweckt den Eindruck als sei es immer noch eine administrative Zweigstelle des inzwischen aufgelösten sowjetischen Finanzministeriums in Moskau und erwarte von diesem Anweisungen. Der stellvertretende Finanzminister, Janis Blekte, erklärte uns, dass ein erster Budgetentwurf vorliege. Man habe aber überhaupt keine Erfahrung in Budgetfragen, weshalb der Finanzminister die Regierungen der USA, Kanadas und Deutschlands um Rat gebeten habe. Lettland kennt weder seine Forderungen noch seine Schulden gegenüber der Sowjetunion. Das lettische Finanzministerium hinterliess bei uns den gleichen Eindruck wie das lettische Aussenministerium der Mission Probst. Es fehlt an allem, in erster Linie an Beratung und Expertise.

5.1.3. In Litauen ist das Ministerium bereits organisiert. Seit dem Frühjahr 1990 leistet Litauen keine Beiträge mehr an die Sowjetunion. Die Finanzministerin, Elvyra Janina Kuneviciene, äussert den Wunsch, von der Schweiz Hilfe zu erhalten, um die Abteilungsdirektoren und Sachbearbeiter im Finanzministerium marktwirtschaftlich auszubilden. Die Abteilung Zollwesen untersteht nicht dem Finanzministerium, sondern direkt dem Ministerpräsidenten, Gedeminas Vagnorius. Dieser wünscht sich ebenfalls schweizerische Berater und Ausbildungshilfe. Von der Gründung einer Schweizer Bank erwartet er sehr viel. Die Zollfragen werden zahlreiche Probleme stellen, welche bilateral mit der Sowjetunion bzw. mit Russland zu lösen sind. Da aber in der alten Sowjetunion die Pass- und Zollkontrollen vom KBG wahrgenommen

wurden, hat die litauische Regierung kaum Zugang zu Informationen. Sie ist also bei der Errichtung ihres Zollbereiches und bei der Ausbildung ihrer eigenen Zollorgane auf sich selbst und auf westliche Hilfe angewiesen. Hiefür wünscht sich Litauen Berater.

5.1.4. Evaluation

Diese Projekte sind in den drei Ländern ähnlich gelagert. Sie unterscheiden sich im wesentlichen darin, dass die Ausgangslage von Land zu Land insofern verschieden ist, als man mit dem Aufbau des Finanzministeriums früher begonnen hat und entsprechend weiter fortgeschritten ist.

5.2. Bereich Zentralbank

In Anbetracht dessen, dass die Abteilung Zentralbanken des Internationalen Währungsfonds die internationale Hilfe in diesem Bereich zu koordinieren wünscht, sollten allfällige Beratungs- und Trainingsprogramme der schweizerischen Nationalbank mit dem IWF abgesprochen werden.

Im Notenbankwesen stehen folgende Projekte im Vordergrund:

- **Beratung in Estland, sobald die Zentralbank ihre Bedürfnisliste erstellt, die Prioritäten festgesetzt und entschieden hat, wessen Hilfe in Anspruch genommen werden soll**
- **Beratung und Training am Arbeitsplatz in Lettland für Währungs- und Devisenfragen**
- **Schulung der Kader in Lettland**
- **Beratung und Training am Arbeitsplatz in Litauen für Währungs- und Devisenfragen gemäss Begehren "Technical assistance needed for the creating of banking system in Lithuania" (5.2.3.)**
- **Schulung in Litauen gemäss Begehren Zentralbank**

5.2.1. In Estland erklärte der Zentralbankgouverneur, Siim Kallas, die Bank und das Finanzministerium würden zur Zeit die Bedürfnisse ermitteln und demnächst mit der Zentralbanken-Abteilung des IWF besprechen. Anschliessend würden, in Absprache mit dem Währungsfonds, die Prioritäten festgesetzt. Die Eesti Pank (Zentralbank) hat Bedarf für Schulung und Informatik, aber "We need a program first and education later" (Kallas). Estland führt Gespräche mit den Zentralbankpräsidenten Finnlands und Schwedens und scheint eher auf deren Hilfe zu zählen. Die Errichtung eines baltischen Bankinstitutes soll den Handelsbanken dienen, in dieser Hinsicht wird das Projekt in Estland unterstützt. In Währungsfragen möchte man sich jedoch nicht mit Lettland und Litauen binden.

5.2.2. In Lettland stehen die Bedürfnisse der Schulung, der Beratung in allgemeinen Zentralbankfragen und solchen des Zahlungsverkehrs, sowie die Trennung der Handelsbankgeschäfte von der Zentralbank im Vordergrund. (vgl. diesbezüglich 4. Kapitel, Abschnitt IWF/Handelsbankgeschäfte und 5.3.2.).

Der Präsident der lettischen Zentralbank, Einars Repse, stellt die Ausbildung von Fachleuten an die erste Stelle, nicht zuletzt, weil er selber ein Neuling im Zentralbank- und Bankwesen ist.

5.2.3. In Litauen stellen sich die gleichen Bedürfnisse wie in Lettland. Der Gouverneur, Vilius Baldisis, der Lietuvos Bankas, unterbreitete der Delegation einen ausführlichen Bedürfniskatalog (**Beilage 6**), in dem vier wichtige Elemente enthalten sind:

- (1.) Ausbildung von Bankfachleuten,
- (2.) Wiederherstellung der Zentralbank und eines marktwirtschaftlich orientierten Finanzsystems,
- (3.) Lösung anfallender Wirtschaftsprobleme,
- (4.) Einrichtung finanztechnischer Fazilitäten (Infrastruktur).

Sowohl der Präsident der Zentralbank, als auch der Ministerpräsident und insbesondere Präsident Landsbergis lobten die Bereitschaft der Schweiz, Litauen technische Hilfe zur Verfügung zu stellen. Ein Beitrag unseres Landes wird in Litauen sehr hoch gewertet werden.

5.2.4. Evaluation

Die praktische **Ausbildung** hat aus Dringlichkeitsgründen Priorität vor Kursen mit mehr akademischer Ausrichtung. Von amerikanischer Seite wurde die Gründung eines Baltic Banking Institute in die Wege geleitet, das Bank- und Notenfachleute ausbilden und die Tätigkeit des IWF ergänzen soll. Das Projekt geht auf eine Initiative des Hudson Instituts in Verbindung mit der Universität von Indiana zurück. Im Jahre 1992 sollen bereits 60 Bank- und 30 Notenbankfachleute ausgebildet werden.

Grundsätzlich sind drei Formen der Schulung denkbar: Die Durchführung von Kursen, die Ausbildung am Arbeitsplatz und die begleitende Beratertätigkeit an Ort und Stelle. Aktionen von allzu kurzer Dauer (z.B. zwei Tage) sind relativ nutzlos. Andererseits sind qualifizierte Mitarbeiter in den baltischen Staaten zu knapp, als dass sie - mindestens vorderhand - längere Zeit entbehrt werden könnten. Aus baltischer Sicht scheint deshalb die begleitende Beratung an Ort und Stelle besonders attraktiv zu sein. Der Entsendung von Beratern für eine längere Zeitdauer dürfte allerdings angesichts der Knappheit der eigenen Ressourcen enge Grenzen gesteckt sein. Eine Beratungsform, die dieser Situation Rechnung trägt, wären Kurse von relativ kurzer Dauer, welche durch längere Phasen der individuellen Projektbearbeitung zu Hause unterbrochen wären.

Welchen Beitrag die Nationalbank leisten kann ist noch offen. Zwei Möglichkeiten sind besonders naheliegend:

- die Zentralbankseminare im Studienzentrum Gerzensee. Möglichkeiten für eine Durchführung mit russischer Uebersetzung sind zur Zeit nicht gegeben.

Möglicherweise sind einführende Vorkurse notwendig. Es ist zu prüfen, ob die Vertreter ehemaliger Sowjetrepubliken und mitteleuropäischer Länder gemeinsam an Kursen von relativ langer Dauer teilnehmen möchten.

- die spezifische Ausbildung am Arbeitsplatz. In welchem Ausmass diese bei den Notenbanken der baltischen Staaten oder bei der Nationalbank erfolgen sollte, wäre abzuklären. Es wäre wohl auf jeden Fall unerlässlich, dass der Leiter des entsprechenden SNB-Ressorts vorher einen Augenschein bei der betreffenden baltischen Notenbank nimmt. Möglichkeiten dieser Art wären beispielsweise im Ressort Devisenanlagen oder im Bereich Abwicklung und Informatik denkbar.

5.3. Bereich Bankenaufsicht

Weder die Sowjetunion noch die baltischen Staaten kannten bisher eine staatliche Bankenaufsicht. Sie müssen neue Bankengesetze erlassen, diese verwirklichen und deren Einhaltung überwachen. Der Bankenaufsichtsexperte hält dazu fest:

"Il est symptomatique que la notion de surveillance bancaire, qui est pourtant un des éléments essentiels de toute législation bancaire moderne, n'a pour la plupart des dirigeants baltes qu'une importance tout à fait secondaire. Tournant le dos au marxisme, ils ne voient pas clairement la nécessité de doter l'économie de marché d'un cadre institutionnel devant prévenir et corriger les abus et protéger le faible. **Il est donc absolument nécessaire de les sensibiliser à ce problème.**"

La question de la législation bancaire se pose d'une façon aigüe dans chacun des trois Etats baltes. Actuellement, les autorités de Tallinn, Riga et Vilnius travaillent à l'élaboration de lois bancaires ou à l'adaptation de la législation existante. Mais il reste beaucoup à faire. C'est la Lituanie qui semble la plus intéressée à recevoir rapidement de la Suisse une aide concrète pour mener à bien cette tâche."

Im Bereich Bankaufsicht ergibt sich ein Projekt für:

- **Beratung in Litauen für die zu erlassenden Bankengesetze und deren praktische Umsetzung**

5.3.1. Evaluation

Trotzdem in den baltischen Ländern die Bedeutung der Bankenaufsicht noch nicht richtig erkannt worden ist, soll diesem Projekt erste Priorität zugesprochen werden. Wenn z.Zt. sich nur Litauen für diese Hilfe interessiert, ist doch anzunehmen, dass Lettland und Estland später sich dafür bemühen werden.

Die Eidg. Bankenkommission soll mit der Durchführung des Projektes beauftragt werden.

5.4. Bereich Banken

Im Bereich Banken wurden zwei Projekte identifiziert, welche insbesondere in Litauen und Lettland begehrt werden:

- **Beratung in Lettland für die Trennung des Handelsbankgeschäftes von der Zentralbank, Organisation der Kreditabteilung der Handelsbanken.**
- **Schulung in Lettland von Bankkadern aller Stufen und in mehrstufigen Kursen, verteilt über drei Jahre, vor Ort und in der Landessprache.**
- **Beratung in Litauen für die Trennung des Handelsbankgeschäftes von der Zentralbank, Organisation der Kreditabteilung der Handelsbanken.**
- **Schulung in Litauen von Bankkadern aller Stufen und in mehrstufigen Kursen, verteilt über drei Jahre, vor Ort und in der Landessprache.**

Die notwendige Infrastruktur in einem Ausbildungszentrum in der Nähe von Vilnius ist vorhanden (vgl. **Beilage 7**). Dort können ca. 20 Personen untergebracht werden.

5.4.1. Evaluation

Die Trennung des Handelsbankgeschäftes vom Zentralbankgeschäft ist eine der wichtigsten Forderungen des IWF. In Anbetracht dessen, dass der IWF nicht über Experten in diesem Bereich verfügt, ist er sehr daran interessiert, schweizerischen Experten aus dem kommerziellen Bankbereich diese Aufgabe zu übertragen. Damit verbunden ist auch die Beratung der baltischen Handelsbanken bei der Organisation der Kreditabteilungen, der Bonitätsprüfung der Kreditkunden und des Kreditentscheidungsprozesses.

Für diese Tätigkeit, die mit dem IWF zu koordinieren ist, kommen Experten aus schweizerischen Grossbanken mit internationaler Schuldenregelungserfahrung in Frage.

Diese Schulung von Bankkadern in der Landessprache und vor Ort kann auf verschiedene Art erfolgen. Das erfolgsversprechendste Resultat dürfte erzielt werden können, wenn es zur Gründung des Baltic Banking Institutes kommt, und zwar als gemeinsames Projekt des U.S. Treasury Departments (dort ist dafür zuständig Charles Schotter, Deputy Assistant of the Secretary of the Treasury) und des EDA. Sollte das Institut nicht gegründet werden können, ist es angebracht eigene Kurse zu organisieren, die von einer dafür geeigneten Organisation im Auftrag des EDA durchgeführt werden.

6. Schlussfolgerungen

In den drei Ländern Estland, Lettland und Litauen wurden von der Delegation Gygi drei Bereiche identifiziert, in denen eine sinnvolle Zusammenarbeit wünschenswert ist. Es handelt sich um (1) Beratung (2) Schulung und (3) Technische Hilfe in spezifischen Sektoren.

Im Hinblick auf die verschiedenen Bereiche, in denen Unterstützung gewährt werden soll, ergibt sich eine Arbeitsteilung zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement, zuständig für die Beratung der Finanzministerien, der Schweizerischen Nationalbank, zuständig für Schulung von Zentralbankkadern in Genève und für die mit dem Währungsfonds koordinierte Beratung und dem Training von Zentralbankkadern, der Eidgenössischen Bankenkommission für die Beratung in der Bankengesetzgebung und praktischen Umsetzung der Bankenaufsicht, sowie den schweizerischen Banken - die bereits jetzt eine gewisse Hilfe leisten, indem sie Kaderleute in der Schweiz ausbilden - für die Trennung des Handelsbankgeschäftes von der Zentralbank und dem Aufbau des Bankensystems, insbesondere des Kreditwesens, und des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit SNB und Banken für die Schulung.

Wegen der grossen Bedürfnisse einerseits und unserer beschränkten Ressourcen andererseits, versuchte die Mission Gygi, Projekte zu identifizieren, die in jedem der drei Länder angeboten werden können, um eine Konzentration der Kräfte zu erreichen und Schwerpunkte zu bilden. Dieses Ziel konnte insofern erreicht werden, als alle Projekte mindestens in zwei Empfängerländern angeboten werden können.

Aufgrund der Dringlichkeit der Einführung eines marktwirtschaftlich orientierten Finanz- und Bankwesens und der bereits geleisteten Vorarbeiten sind Prioritäten zu setzen. Weil die leitenden Persönlichkeiten im Baltikum für ihre neue Aufgabe keineswegs vorbereitet worden sind, muss der **Beratung** und **Schulung** erste Priorität zugesprochen werden. Technische Hilfe, welche über Beratung und Schulung hinausgeht, wie der Aufbau eines Zahlungssystems, der Informatik oder des Börsen- und Wertpapiergeschäftes ist zwar von Nöten, aber solche Projekte sind mit Investitionen (im Bereich Telekommunikation, Elektronische Datenverarbeitung usw.) verbunden, welche sorgfältig geplant werden müssen, bevor die einzelnen Projekte definiert werden können. Deshalb hat die Mission Gygi die Technische Hilfe in die zweite Priorität eingestuft.

Teilprojekt 1: Beratung

Beratung durch ausländische Experten hat absolut **erste Priorität**. Es sollte durchaus möglich sein, einen oder mehrere erfahrene Fachleute zu finden, die bereit wären während der nächsten 3 Jahre 100-120 Tage (mit Unterbrüchen) im Jahr dieser Aufgabe zu widmen. Folgende Beratungen werden von der Delegation als Minimallösung vorgeschlagen:

Bereich Finanzministerium:

- in **Estland** für Budgetfragen, Steuerfragen
- in **Lettland** für Organisation des Finanzministeriums
- in **Litauen** für Steuerfragen

Bereich Zentralbanken:

- in **Estland** vorderhand keine
- in **Lettland** Ausbildung am Arbeitsplatz in der Schweiz und in Riga in Anlehnung an Beratung in Währungs- und Devisenfragen
- in **Litauen** Ausbildung am Arbeitsplatz in der Schweiz und in Vilnius gemäss Begehren der Lietuvos Bankas in Währungs- und Devisenfragen.

Bereich Bankenaufsicht:

- in **Litauen**

Bereich Handelsbanken:

- in **Lettland** und **Litauen**
 - für Trennung des Handelsbankgeschäftes vom Zentralbankgeschäft
 - für Organisation der Kreditabteilungen in den Handelsbanken.

Teilprojekt 2: Schulung**Bereich Zentralbanken:**

- in allen drei Ländern Einladung von qualifizierten Leuten zur Teilnahme an den SNB Kursen in Gerzensee

Die **Schulung** von Kader der Zentralbanken und der Handelsbanken stellt eine zentrale Aufgabe dar. Es handelt sich aber um eine grosse Aufgabe, welche während mindestens 3-5 Jahren mit mehreren Schulungsprogrammen auf verschiedenen Stufen

und auf breiter Basis erfolgen muss. Diese Aufgabe muss in Zusammenarbeit mit einer Institution erfolgen, die professionelle Schulungskurse organisiert. Als solche kommt in allererster Linie das zu gründende "Baltic Banking Institut" in Frage. Für den Fall, dass es nicht möglich ist, dass die Schweiz zusammen mit dem U.S. Treasury dieses Institut gründet, empfiehlt die Delegation folgende Schulungsprojekte zu genehmigen:

Bereich Finanzministerium:

- in **Litauen** Schulung von Abteilungsleitern und Sachbearbeitern als Einführung in die Marktwirtschaft

Bereich Banken:

- In **Lettland** und **Litauen** Durchführung von mehrstufigen Kursen während drei Jahren, vor Ort und in der Landessprache, wobei die Teilnehmer bzw. deren Institute die lokalen Kosten (Infrastruktur vor Ort, Kost, Logis und zum Teil Uebersetzung) zu tragen haben.

Teilprojekt 3: Technische Hilfe

Technische Hilfe wird von den drei Ländern gewünscht, und zwar im Bereich

- **Zahlungsverkehr**
- **Informatik**

Im jetzigen Zeitpunkt ist es verfrüht konkrete Projekte technischer Hilfe, welche über eine reine Beratung und Schulung hinausgehen zu evaluieren. Solche Projekte werden im Verlauf der Beratungstätigkeit identifiziert werden. Dabei wird es sich regelmässig auch um Lieferung von z.B. elektronischen Anlagen u.a.m. handeln. - Es wäre verfrüht, hierfür bereits ein Budget zu beantragen.

7. Notwendige Ressourcen

Teilprojekt 1: Beratung

7.1. Beratung des Finanzministeriums (durch Experten des EFD)

Im Vordergrund steht das Gesuch des Finanzministers von **Estland**, das recht umfangreich ist und den Einsatz von drei Experten verlangt:

- **1 Experte für Budgetfragen**
Einsatz in Tallinn, Dauer 3 Monate
Budget: Fr. 180'000.--
- **1 Experte für Steuerfragen**
Einsatz in Tallinn, Dauer 3 Monate
Budget: Fr. 180'000.--

Beratungen in Lettland

- **1 Experte für Organisation des Finanzministeriums**
Einsatz in Riga, Dauer 2 x 1 Monat
Budget: Fr. 120'000.--
- **1 Experte für Steuerfragen**
Einsatz in Riga, Dauer 3 Monate
Budget: Fr. 180'000.--

Beratungen in Litauen

- **1 Experte für Steuerfragen**
Einsatz in Vilnius, Dauer 3 Monate
Budget: Fr. 180'000.--

7.2. Beratung der **Zentralbanken** für Währungsfragen in Koordination mit dem Währungsfonds, durch Experten der SNB. Vorderhand dürfte sich die Beratung der **estnischen** Zentralbank erübrigen, da sie von Schweden und Finnland beraten wird.

Beratungen in **Lettland**

- **1 Experte für Währungs- und Devisenfragen**

Einsatz in Riga und in der Schweiz, Dauer mehrmals
 wochenweise über 2 Jahre verteilt

Budget: Fr. 270'000.--

Beratungen in **Litauen**

- **1 Experte für Währungs- und Devisenfragen**

Einsatz in Vilnius und in der Schweiz, Dauer mehrmals
 wochenweise über 2 Jahre verteilt

Budget: Fr. 270'000.--

7.3. Beratung für **Bankenaufsicht** durch Experten der Eidg. Bankenkommission. Diese dürfte zur Zeit nur **Litauen** interessieren, da Estland und Lettland noch nicht dafür sensibilisiert sind.

- **1 Experte für Bankenaufsicht**

Einsatz Vilnius, Dauer 6 Monate

Budget: Fr. 360'000.--

7.4. Berater für **Handelsbankfragen** in Koordination mit dem Währungsfonds durch Experten der schweizer Banken.

Diese Beratung drängt sich nicht auf für **Estland**.

Beratung in **Lettland**

- **1 Experte für Handelsbankfragen**

Einsatz in Riga, Dauer 4 x 1 Monat im Jahr
 während 3 Jahren

Budget: Fr. 750'000.--

- **1 Experte für Kreditorganisation**

Beratung in Litauen

- **1 Experte für Handelsbankfragen**

Einsatz in Vilnius, Dauer 4 x 1 Monat im Jahr
während 3 Jahren

Budget: Fr. 750'000.--

- **1 Experte für Kreditorganisation**

Einsatz in Vilnius, Dauer 6 Monate

Budget: Fr. 360'000.--

Divers

Budget: Fr. 40'000.--

Das Budget der verschiedenen Beratungsprojekte
beläuft sich auf insgesamt

Fr. 4'000'000.--

Teilprojekt 2: Schulung

Für die Schulung der Vertreter der Zentralbanken kommen vor allem die Kurse der SNB in Gerzensee in Frage, welche von dieser getragen werden.

Mit dem U.S. Treasury Department sollen Verhandlungen geführt werden, welche eine schweizerische Beteiligung am Baltic Banking Institut zum Ziel haben, wobei der schweizerische Beitrag nicht mehr als Fr. 4'320'000 betragen soll.

Falls es nicht zur Gründung des Baltic Banking Institutes kommen wird, sollte die Schweiz im Baltikum Kurse vor Ort und in der Landessprache durchführen. Wenn während der nächsten drei Jahre in jedem Land jährlich 10 Kurse von je zwei Wochen für jeweils 24 Teilnehmer durchgeführt werden, können insgesamt 720 Personen ausgebildet werden. Erfahrungsgemäss beträgt der Deckungsbeitrag, welcher von der Schweiz aus zu finanzieren ist, Fr. 3'000.-- pro Teilnehmer für eine Kurswoche, vorausgesetzt, dass sämtliche lokalen Kosten (Unterkunft, Verpflegung usw.) der Teilnehmer von diesen selbst bezahlt werden.

Budget: Fr. 4'320'000.--

8. ANTRÄGE

8.1. Es sollen für das

- Teilprojekt 1 : **Beratungen**

Fr. 4'000'000.--

- Teilprojekt 2 : **Schulung**

Fr. 4'320'000.--

Total Projekt Baltikum

Fr. 8'320'000.--

bewilligt werden.

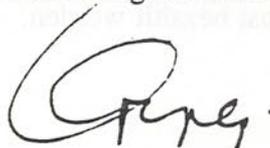
8.2. Zu diesem Zweck sollen

- dem Direktorium der SNB vorgeschlagen werden, zu Lasten der Rechnung 1992 der SNB die Schulung von Zentralbankbeamten des Baltikums in Gerzensee zu übernehmen und die personellen Ressourcen für die Zentralbankexperten zur Verfügung zu stellen,

- die Projekte Schulung und Beratungen im Bereich Finanzministerium Zentralbanken und Bankenaufsicht und Handelsbanken zu Lasten des Fr. 800 Mio. Kredites zur Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit Ost- und Mittel-Europäischen Staaten gemäss Botschaft vom 23. September 1991 finanziert werden.

Bern, den 21. Januar 1992

Der Delegationsleiter



(Dr. U. Gygi)
Direktor

Eidgenössische Finanzverwaltung

BEILAGEN

1. Kredit von Fr. 16'500.-- für Fachliteratur (6. Dez. 1991).
2. Dr. U. Gygi und A. Lautenberg: "Mission d'exploration en vue d'une assistance en matière bancaire et financière aux pays baltes. - Une première evaluation", (12 nov. 1991).
3. Republic of Lithuania: On the road to radical political and economic reform - G 24 Ministerial Meeting, (Brussels, November 11, 1991).
4. Joint declaration of the Prime Ministers of Estonia, Latvia and Lithuania in Indianapolis (The Baltic Independent No 84, 8 Nov. 1991).
5. Brief des estischen Finanzministers Rein Miller an Dr. U. Gygi, Direktor Eidg. Finanzverwaltung, vom 14. Nov. 1991.
6. Lietuvos Bankas: Technical assistance needed for creating of banking system in Lithuania.
7. Lituanie: Centre de formation de Jruskinkai note de F. Gruber 18 nov. 1991.

Beilage (1)

Beantragende Stelle :

DIV POL I

Bern, den 6. Dezember 1991/RUF

SPEZIALKREDIT : 5 MIO

[Ref : 201.3600.169]

AKTION : NR .10. / Baltische Staaten

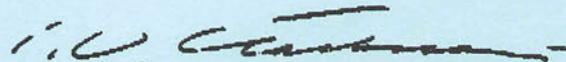
- Land : Litauen, Lettland, Estland
- Name der Aktion : Einkauf und Lieferung von Fachliteratur betr:
Marktwirtschaft, Banking
zu gleichen Teilen für
Litauen, Lettland und Estland.
- Beantragter Kredit : Fr. 16'500.--

Unterschrift der
beantragenden Stelle :

Francis A. Gruber

ENTSCHEID

Für die Direktion :



Botschafter Jenö C.A. Staehelin

Original: RUF
Copie : JAC
 SIN, WOK,
GRI
 ORC
 Amb./Stock

Demande de crédit

"Remise à la Lettonie, à la Lituanie et à l'Estonie, à titre de don dans le cadre de la coopération avec les Etats baltes, d'ouvrages et autres publications de base dans le domaine bancaire et financier"

1. Origines

Dans son Rapport final, qui sera remis au DFAE vers la fin décembre 1991, sur la Mission Gygi dans les trois Etats baltes, M. Condrau recommandera vivement qu'un don d'ouvrages et autres publications dans les domaines économique et financier soit consenti sans délai aux autorités nationales qui ont manifesté un intérêt marqué à en disposer (Ministères des finances, et Banques centrales, éventuellement universités selon les constatations faites sur place par la Mission Gygi). En effet, la mission s'est surprise à constater, dans les trois Etats baltes, les lacunes de connaissances, sur l'économie de marché et le fonctionnement du système bancaire dans un cadre libéral, démontrées par ses interlocuteurs.

Dans cette perspective, M. Condrau, soutenu en cela par les autres membres de la mission, recommande de procéder sans attendre à la commande et à l'envoi de tels ouvrages et publications, destinés aux interlocuteurs de la Mission Gygi. Un crédit d'environ Fr. 5'000.- pour chaque capitale (soit, au total, de 15'000.-) est requis.

Nous proposons de donner suite à cette recommandation.

2. Exécution du projet

- 2.1. Un crédit de Fr. 15'000.- est alloué à l'achat d'ouvrages et de publications, de nature économique et financière, sur la base du crédit URSS de 5 millions de francs. Il sera réparti à parts égales, en valeur, entre la Lituanie, la Lettonie, et l'Estonie.
- 2.2. M. Condrau, avec son approbation, et en collaboration avec Mme Dubois/BNS, est chargé de dresser la liste des ouvrages à acquérir.
- 2.3. La commande des ouvrages pourra intervenir par l'intermédiaire de la bibliothèque du DFAE, laquelle bénéficie d'un rabais de 5% sur ses achats.
- 2.4. L'envoi de ce don, dans chaque capitale, sera adressé à leurs destinataires précis, et aura lieu dans les meilleurs délais possibles.
- 2.5. Les dépenses effectuées au titre de l'achat des ouvrages et publications susdites feront l'objet d'un décompte, par M. Condrau, avec pièces justificatives pour toute commande effectuée par lui-même.

3. Budget

Valeur d'achat (3 x 5'000.-)	Fr. 15'000.-
Réserve (y compris frais de transport)	1'500.-
	<hr/>
Total	Fr. 16'500.-

DEPARTEMENT FEDERAL
DES FINANCES

Administration fédérale des finances

DEPARTEMENT FEDERAL
DES AFFAIRES ETRANGERES

Service économique et financier

Berne, le 12 novembre 1991

Note à : - Chef du Département des finances
- Chef du Département des affaires étrangères

Mission d'exploration en vue d'une assistance
en matière bancaire et financière aux pays baltes

Une première évaluation

1. Appréciation du processus de transition

L'évolution dans les pays baltes doit être appréciée à la lumière d'un triple défi. Il y a, tout d'abord, **l'influence directe des événements extérieurs**, dont surtout l'impact des événements en URSS et dans les républiques avoisinantes. L'objectif premier étant le rapprochement, voire à terme l'insertion, des trois républiques dans la structure intégrative européenne, la priorité revient à se libérer progressivement de l'étouffante imbrication avec le tissu soviétique et ses parties constitutives. En fait, il ne s'agit nullement de couper les ponts avec leurs voisins de l'Est, mais bien plutôt de placer les rapports, à tous les niveaux d'ailleurs, sur le plan de la normalité entre entités souveraines. A ce titre l'émancipation monétaire joue un rôle d'autant plus central qu'il existe un danger réel d'effondrement du rouble. Au-delà des problèmes liés à la répartition de la dette extérieure soviétique une des difficultés particulières de l'opération réside dans le fait que chacun des trois pays entend se doter d'une monnaie propre, probablement attachée à l'ECU, alors que plus de quatre cinquièmes de leurs échanges s'opèrent avec la zone rouble. L'autre écueil majeur est constitué par la

crainte d'une modification unilatérale des modalités de paiement des livraisons de pétrole par l'URSS qui peut intervenir à tout moment. Un tel pas ne se traduirait pas seulement brutalement sur la position financière extérieure des pays mais serait susceptible de porter un coup au délicat équilibre des échanges.

Les énergies des trois pays sont, ensuite, pleinement absorbées par la **mise en place des piliers institutionnels de leurs entités étatiques**. La Constitution, les droits de citoyenneté, le rôle des partis, la privatisation sont débattus dans une atmosphère tendue imprégnée des vieux réflexes bureaucratiques. Le nationalisme ambiant est d'autant plus étouffant que les nouvelles forces non seulement ont beaucoup de mal à s'imposer mais souvent manquent de tolérance. Ces tensions jouent pleinement lorsqu'il s'agit de créer les bases des Banques centrales. De la sorte, à la difficulté de la création d'instituts d'émission, avec tous les problèmes institutionnels et opérationnels que l'on peut imaginer vient s'ajouter le très jeune âge et leur manque presque total d'expérience des trois gouverneurs. Il en découle d'une part des rapports difficiles entre Banques centrales et Ministères des finances, ces derniers incorporant en quelque sorte l'ancienne bureaucratie ministérielle. De l'autre, les nouvelles structures des Banques centrales semblent bien frêles face aux complexités de la transition monétaire et de la création d'un système bancaire à deux piliers.

Il convient, enfin, de souligner **les énormes différences** tant objectives que subjectives existant entre l'Estonie, la Lettonie et la Lituanie. Chacun de ces pays est profondément marqué par sa propre expérience historique et l'amène à définir son propre ordre de priorité et son propre "policy-mix". Le rôle de pionnier joué par la **Lituanie** dans la lutte pour la souveraineté face à l'URSS est maintenant reconnu. Ce courage est pourtant payé cher car le pays est soumis à un chantage permanent par son grand voisin à l'Est qui garde notamment la main sur le robinet pétrolier. Ceci étant le pays est déjà relativement avancé dans la création de plus d'une douzaine de banques commerciales ainsi que des institutions d'épargne et de financement de l'agriculture.

De son côté **l'Estonie** a depuis deux ans identifié le secteur monétaire et financier comme le principal moteur d'une autonomie que l'on ne croyait guère possible, au plan politique, avant plusieurs années. Fortement aidés par les pays nordiques, les Estoniens ont de la sorte pu avancer

sur ce dossier sans se mettre les Soviétiques à dos et par là permis l'éclosion d'un nombre d'institutions financières qui développent des activités qui tablent fortement sur les possibilités d'une transition économique parsemée d'écueils et de risques.

De son côté la **Lettonie** semble quelque peu en retrait par rapport à ses deux voisins. Moins avancée sur le plan de la transition, la Lettonie dispose cependant d'atouts importants, tels ses installations portuaires et la solide ambition de refaire de Riga le centre financier régional qu'elle était dans l'entre-deux-guerres.

En conclusion, face à une situation objective semblable les trois pays réagissent chacun à sa manière ce qui limite - à ce stade du moins - quelque peu une coopération entre les trois. S'agissant du secteur monétaire et bancaire la situation présente néanmoins de fortes analogies; dans la mesure où dans les trois pays :

- la Banque centrale se développe autour de la succursale locale de la Gosbank et de la Vneshekonombank pour ce qui a trait aux opérations sur devises;
- l'institut d'émission entend introduire une nouvelle monnaie nationale - vraisemblablement liée à l'ECU - d'ici l'été dans le cas de la Lituanie et de l'Estonie, dans la deuxième moitié de 1992 en Lettonie;
- la Banque centrale se constitue des équipes neuves, qui n'ont toutefois que peu d'expérience et évoluent dans un environnement des plus défavorables sur le plan externe et dans une situation conflictuelle avec les Ministères des finances; dans certains cas elles jouissent des conseils de ressortissants américains d'origine balte;
- on entend se doter d'un système à deux piliers avec une claire séparation entre la fonction de la Banque centrale et celle des banques commerciales, ces dernières étant dans une phase de démonopolisation plutôt que de privatisation;
- ce processus semble d'autant plus délicat que là où des lois bancaires existent, d'énormes problèmes surgissent dans leur application; aucun pays ne paraissait sensible au besoin d'une surveillance bancaire indépendante;
- les Banques centrales mais aussi les institutions commerciales sont confrontées à des systèmes de paiements interbancaires qui ne méritent guère ce nom et à l'énorme problème du manque de formation et de préparation des cadres.

- on entend prévoir une institution s'insérant dans le concept développé par les Nordiques d'une Banque baltique d'Investissement.

2. Tentative d'évaluation après la première phase de la mission

On peut affirmer sans hésiter que l'envoi de la mission d'exploration a été énormément apprécié dans les trois pays. Des séances de travail ont eu lieu avec les Ministres des Finances, les Gouverneurs des Banques centrales, voire dans certains cas avec les responsables de certaines institutions financières. La Lituanie a de son côté visiblement voulu conférer un accent particulier à la visite en prévoyant une séance avec le Premier Ministre et une visite de courtoisie auprès du Président. Nous voudrions souligner ici l'engagement et le soutien exceptionnels de M. Vogler, de notre Ambassade à Stockholm, dans la réussite du programme en coopération étroite avec des administrations encore embryonnaires.

Il ne fait pas de doute que les trois pays sont présentement submergés par des visites de délégations étrangères. Malheureusement les offres d'assistance ne semblent guère coordonnées, sauf en Estonie. Ceci pose tout le problème de la capacité d'absorption de ces pays et des risques de doubles emplois. S'agissant de la structure de la délégation l'on ne peut que se réjouir d'avoir prévu une démarche à deux niveaux avec d'une part un "plan politique" et d'autre part d'excellents "experts", couvrant les volets Banque centrale, banques commerciales et surveillance bancaire.

La difficulté principale de la mission a consisté à obtenir, dans un laps de temps très court, une vue d'ensemble de l'état d'avancement de la transition et à procéder à une première identification de domaines potentiels de coopération. Compte tenu des limites matérielles qui sont les nôtres et dans un souci d'efficacité de notre assistance, la mission a tenté d'identifier les mêmes segments dans les trois pays.

A la fin de la première phase de la mission on peut regrouper les domaines de soutien possibles en trois grandes catégories :

2.1. La formation

Il s'agit d'une claire priorité et cela tant pour les cadres des Banques centrales que des banques commerciales. Ces institutions

disposent d'un nombre très limité de responsables dont l'absence prolongée met l'institution devant des problèmes majeurs. Il s'agirait donc d'offrir un profil de formation qui aille au-delà de séminaires d'une ou deux semaines, qui soit relativement ambitieux et de préférence attaché à ou animé par une institution académique "in situ". Afin d'éviter des doubles emplois il conviendra d'évaluer les possibilités de coopération avec des institutions existantes (p.ex. Baltic Banking Institute). Que l'on crée un programme nouveau ou l'on déciderait de soutenir des projets existants, on sera inévitablement confronté au problème de l'emplacement de l'institution avec tous les problèmes de concurrence et les jalousies entre les trois pays. Même si on part de l'idée qu'en principe la formation devrait s'effectuer dans le pays, des stages ponctuels de formation en Suisse sont à envisager. Ceci pourrait notamment s'imposer dans le développement de certaines fonctions spécifiques d'un institut d'émission.

2.2. L'activité de conseil

L'expérience acquise avec les pays d'Europe centrale et orientale tend à démontrer l'effet très positif de la fonction de conseil. Cet aspect a dès lors aussi été à l'avant plan des préoccupations de nos interlocuteurs. A Vilnius la mission fut confrontée à la demande expresse pour un conseiller suisse pouvant participer dans un groupe de 5 - 6 experts occidentaux qui seraient appelés à se prononcer sur des options de la politique de la Banque centrale. Tant l'Estonie que la Lituanie ont sollicité un soutien suisse dans la réorganisation de leur Ministère des finances. C'est également en Lituanie que d'innombrables questions furent posées sur l'application concrète d'une loi bancaire.

Ceci étant, à moyen terme se posera le problème de la mise sur pied d'une activité de surveillance bancaire qu'il est difficile d'envisager sans un conseil suivi de la part des pays occidentaux.

2.3. L'assistance technique

L'identification de domaines se prêtant à une assistance technique, au sens étroit du terme, a été peut-être la partie la plus complexe. A discussions effectuées, les trois pays semblent intéressés à une assistance de la part de la Suisse dans un des deux secteurs importants suivants :

- la mise sur pied de **départements de crédits** des banques; elle incluerait les techniques d'évaluation des risques;
- la modernisation du système de paiements interbancaires, avec, le cas échéant, un système de clearing.

Les modalités concrètes d'un apport de notre pays sont encore complètement ouvertes. Le rapport de fin de mission soumettra des propositions concrètes.

3. Une tentative d'appréciation et un suivi possible

C'est un euphémisme que d'affirmer que les besoins dans les trois pays en matière bancaire sont énormes. Les indications qui nous étaient parvenues avant la mission quant à un intérêt à une assistance suisse en la matière ont trouvé leur claire confirmation dans les trois pays. Le "goodwill" dont nous jouissons et la réputation bancaire suisse expliquent la priorité que ces pays semblent accorder à la Suisse. En même temps, certains de nos interlocuteurs nous ont laissé entendre que s'il y a beaucoup de délégations qui visitent cette région une assistance concrète tarde à venir. Il y a par conséquent lieu de réaliser qu'il **existe une attente évidente quant à un suivi substantiel.**

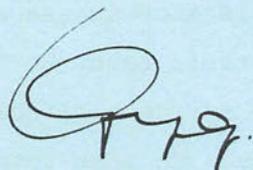
Au vu des éléments que la première phase de la mission a pu recueillir, et en attendant le résultat de la deuxième phase, il semblerait justifié **de faire de notre assistance bancaire aux trois pays baltes un centre de gravité tant du point de vue géographique que thématique.** La définition d'une telle priorité nous semble en outre conforme à la réponse du CF au Postulat Kuhn du 4 octobre 1991. Cela implique une **claire expression de la volonté politique de la Suisse** d'apporter une contribution de substance dans un domaine où nous possédons une légitimité certaine.

Il conviendra de **définir en détail les paramètres de notre action sur la base des indications ci-dessus, en veillant à l'inscrire dans une conception plus vaste et en évitant strictement les doubles emplois.** Une coordination avec d'autres pays sera aussi fondamentale qu'une coopération étroite avec les principales instances multilatérales (FMI, BM, CCE, BERD, OCDE). Il sera également primordial d'assurer une **étroite coopération entre les Départements intéressés, la Banque nationale et les banques.**

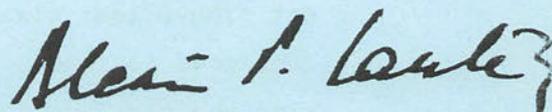
A la lumière des indications plus détaillées de la deuxième phase de la mission, le rapport final devrait substantier l'appréciation ci-dessus et soumettre des propositions détaillées comprenant :

- la nature et les éléments constitutifs de notre assistance au plan thématique et de la répartition sur les trois pays,
- la durée envisagée de l'assistance,
- les ressources nécessaires à la mise en oeuvre selon les différentes institutions participantes, et
- une enveloppe budgétaire aussi précise que possible.

Le rapport de fin de mission peut être attendu d'ici le 15 décembre 1991.



Ulrich Gygi



Alexis P. Lautenberg

REPUBLIC OF LITHUANIA



ON THE ROAD TO RADICAL POLITICAL AND ECONOMIC REFORM

G 24 Ministerial Meeting

Brussels, November 11, 1991

ON THE ROAD TO RADICAL POLITICAL AND ECONOMIC REFORM

Introduction

Over not quite two full years after the reestablishment of independence the Republic of Lithuania has already created most of basic legal framework needed for economic and political reform. The core economic laws necessary for implementing economic reform have been passed. These laws regulate the matters of the privatization of state property, problems of the restitution of property, the law on foreign investment and relevant guarantees, the package of laws concerning land reform, the law concerning the reform of the banking and financial system, the corporate laws as well as the law on the introduction of a new (national) currency.

Therefore at this time the main purpose is the practical implementation of these laws. The government's reform programme is complex and its implementation faces numerous problems.

Lithuania's economic situation at this time is quite difficult. The heritage of the soviet period and the economic dependence on raw materials from the USSR have adverse effects on a fast process of reform.

Lithuania's economic potential may be characterized by the following basic data:

The area of Lithuania comprises 65.000 sq.km.; the population is 3.8 mil., of which 80 % Lithuanians, 9% Russians and 7% Poles.

The gross national product in 1990 amounts 23.9 billion rb., from which industry contributes 13.5 billion rb. and agriculture 4.5 billion rb. National income is 9.14 billion rubles. National income per capita is 2448 rb. Industry accounts for 57% of GNP and agriculture 23%.

Lithuanian exports in 1991 will amount to 9.3 billion rb., of which food products will make up 3.8 billion rb., machine building and tool making 1.68 billion rb., light industry 1.6 billion rb.. Lithuanian imports in 1991 will amount to 9.1 billion rb., of which 1.5 billion goes on fuel for energy supply, 1.7 billion rb on the food industry and 1.13 on light industry. About 80% of all exports go to the USSR and only 10% to the West. Imports from the East make up about 85% of all imports. These numbers illustrate the complexity of our economic situation and the dependence of the worsening economic situation in the East. Trade relations with the East are worked out on the basis of bilateral economic agreements. These kinds of agreements are being prepared with the Russian Federation and the other republics. In the programme approved by the Parliament in June of this year it is foreseen that foreign trade will be gradually reorientated to the West without decreasing the amount of the trade with the USSR but markedly rationalizing the structure of quantities and nature of goods traded. The government will seek over a period of two to five years to equalize the volume of trade with the former territories of the USSR to the volume traded with the rest of the world.

The package of reforms

The main goals of the reforms being put in force by the government are the to strengthen the independence of the state by a strong economic development. That means: to surmount the crisis, to liberalize the economy, to attract foreign capital, to attempt to participate in all the main organizations dealing with international cooperation.

In order to give a boost to a fast economic development, laws on privatization and restitution have been passed. It is foreseen that two thirds of state property will be privatized. For the end of this year, it is scheduled that close to 20% of this property will be allocated on the basis of vouchers already distributed to permanent residents of Lithuania.

The transformation of property is going on three main ways: auctioning, shares subscription and direct sales against hard currencies.

Foreign capital is invited to take part in this process in various ways: by buying an entire enterprise, by buying a part of the shares of a particular enterprise, and by setting up joint ventures.

This process of privatization is being implemented in three stages. The first stage was launched at the beginning of 1991 when workers were allowed to acquire up to 10% of the shares of the enterprise they were working for. The second stage entails mass privatization through the voucher system. This year, over 100 enterprises have been sold during the sole month of September. Specific laws have been passed for privatization of land, agriculture, industry and household. The third stage will be put into effect only after the introduction of a national currency. The technical preparation for the introduction of national currency is almost over but due to several political and economic strategic reasons, the date of introduction would be postponed until the first half of the year 1992. At the beginning of November the Parliament passed the law on the introduction of the national currency (the litas) and appointed a stage commission which is authorized to implement the reform of the money system. We plan to introduce our own currency in the first half of 1992.

The law on restitution deals with the procedure and conditions of regaining property that was taken away (nationalized). This law applies only to Lithuanian citizens. The question of returning property to those who are not citizens of Lithuania has not been resolved.

Another very important sphere is the reform of the banking system, credit and money.

Economic reform is not possible without an effective banking and credit system. As part of the process a network of commercial banks is being created as well as the liberalization of insurance companies and the stimulation of competition in this sphere. A central bank has been set up in Lithuania which is not answerable to the government. In the early transition phase, Central Bank yet holds some commercial functions which in the longer run would be gradually eliminated

On November of 1991 the Lithuanian Investment Bank was set up. It is expected that a subsidiary of Nordic Investment Bank, the Baltic Investment Bank will be incorporated in the very near future. This bank will act as an umbrella organization for the Lithuanian Investment Bank as well as for similar banks to be established in Latvia and Estonia.

The setting up of a stock exchange is being actively prepared.

The law on foreign investment was adopted a year ago. This law provides incentives, tax holidays as well as guarantees for foreign investments. At this time several amendments to the law on foreign investments have been proposed to the approval of the Parliament. These amendments would allow foreign investors to draw up an agreement for the rent of land for a period up to 99 years. Supplementary incentives are foreseen for foreign investments, including up to three years tax holidays. At this time over 200 joint ventures have been registered in Lithuania.

Another important step in the reform process is the freeing-up of prices. On late November, the prices of only a very small number of goods and services will remain under State's control.

The next part of economic reforms is the development of economic relations with the West, the reorientation of trade from the East to the West. We still do not have all the necessary conditions for this. The necessary infrastructure is being created at this time. We badly suffer a lack of modern communications system. There is a general need in increasing the standards, in quality and quantity of current services available in the territory of Lithuania: accommodations facilities, flight connections etc. The transport system connecting us with the West has to be tremendously upgraded.

Foreign investment, technology transfer and technical assistance are considered vital for our economic reconstruction. The priority sectors are: agriculture, including manufacture of agricultural machinery, pharmaceutical and chemical industry, infrastructures (the telecommunications system, the port of Klaipeda, the airports at Vilnius, Kaunas and Klaipeda, the Baltic Highway), machine building and metal work industry, electronics, including the restructuring former Soviet military defence enterprises etc.

In summary, the immediate task facing the Government this year and in the first half of next year will be the following:

- the total liberalization of prices;
- the introduction of a convertible national currency;
- the reorientation of the economy towards the international markets; the restoration of our membership in the major international organizations (the European Bank, the International Monetary Fund, The European Economic Community, etc.);
- the procurement and fulfillment of the multichanneled supplies of raw materials to Lithuania;
- the minimization and rationalization of the use of fuel and energy resources;
- the gradual reorientation and diversification of foreign trade to the Western countries;

On a longer term, the policy of our reforms is to reach at a level which should make us eligible to join the EEC as full members. The help of the 24 most highly developed countries is vital to achieve our goals for the mutual benefit of our people and the community of democratic countries:

Joint declaration of the prime ministers of Estonia, Latvia and Lithuania in Indianapolis

Given that a successful transition to a market economy in the Baltic States is a matter of wider importance than just to those countries,

Considering that the Baltics can serve as model for the Soviet Union as well as Central Europe of successful transition to a market economy,

And in light of the following assumptions:

The fast and radical implementation of market reforms already in process in the newly independent Baltic States has no viable practical alternative;

The implementation of economic reforms cannot be separated from the overall democratic processes in society which are guaranteed by parliamentary mechanisms;

Declaring that economic development is possible only in the context of a free economic environment, in the conditions of international integration of the Baltic economies, taking advantage of the favourable geographical and historical situation and successfully providing a bridge for the economic cooperation between East and West;

Underlining that on the basis of previous international experience, particularly that immediately following the Second World War, foreign aid can play a positive role in the process of economic and social development in economically struggling societies, granted that the provided sources are used in the areas critical to long-term development;

Emphasising that the Baltic States have great potential to rejoin the economically developed countries,

the participants of the Indianapolis conference declare that the key elements determining the future of economic reforms in the Baltic States are:

1. The creation of a favourable environment for foreign investment (taxation, legal system, etc.);

2. The introduction of independent currencies in order to facilitate monetary policies required for economic development;

3. The development of a modern banking system as an important element of a market infrastructure (creation of efficient central banks, training of bankers, etc.);

4. Membership in international financial organisations including the World Bank and the International Monetary Fund;

5. The introduction of balanced and inflation-free budgeting;

6. The creation, on the basis of international experience, of such essential rules for normal business as payment systems in commercial transactions, commercial law, etc. Implementation of bankruptcy laws and the practical mechanism for their implementation necessary for the restructuring of the economy;

7. Emphasis on job creation in the service, construction, tourist, and transport sectors which can be successfully tied to the realisation of the Baltic Bridge;

8. Overcoming the current ambiguity in the area of property relations where the difficulties connected with the restitution question and the political debate on distributing property threaten to hinder the effectiveness of privatisation. To take a turn towards the speedy establishment of effective property

relations and economic rationalism;

9. Creation of a system of markets and a gradual but relatively speedy price liberalisation;

10. Integration of ethnic minorities into the economic development and entrepreneurial processes of the Baltic States;

11. Development of a universal visa and customs union for all the Baltic States;

12. The continuation of economic relations with the Soviet Union and the Russian Federation under a new restructured and decentralised framework as separate countries – the continuation of the so-called Tallinn process;

13. Restructuring health and social programmes towards greater effectiveness; creation of an adequate social safety net (indexation, food aid, retraining, etc.) based on the principle that assistance must be provided only for the most needy;

14. Broad publicity of the steps towards economic reform and the work of governmental bodies. To deepen public understanding of economic problems as well as increase economic professionalism in parliament and journalism;

15. Massive retraining of workers in response to the challenges of new market forces, especially training abroad and domestically by foreign specialists.

Indianapolis, October 30, 1991

Edgar Savisaar

Prime Minister of Estonia

Ivars Godmanis

Prime Minister of Latvia

Gediminas Vagnorius

Prime Minister of Lithuania



LIETUVOS BANKAS

THE BANK OF LITHUANIA

Technical assistance needed for the creating of banking system in Lithuania

Four main blocks:

1. Educating the staff in the special functions mentioned below incl. international cooperation, and also more generally in Mainstream Economic.

2. Rebuilding a central bank and a financial system in an economy which recently has gained independence and which at the same time is in transition from a centrally planned economy,

- general functioning of a central bank,
- accountancy system for the central bank,
- the implementation of International banking accountancy system,
- legislation (central bank, commercial banks, other financial institutions, stock exchange, banking supervision, enterprises),
- payment system.
- systems of crediting and guarantees.

3. Solving practical economic problems

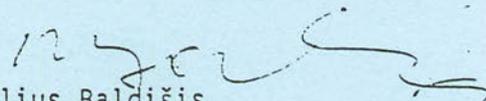
- introduction of a national currency,
- payment of Eastern trade (barter, clearing),
- regulation of the quantity of money,
- foreign exchange regulation incl. cooperation between the central bank, other domestic authorities and the banks,
- implementation of taxation and custom systems,
- consultancy on overseas gold holding financial management.

4. Building technical facilities

- EDP-system,
- SWIFT's system technical equipment and expenses of exploitation and keeping,
- contacts to international banks (correspondent banking),
- provision with computers and other technical equipment for 30 bank branches,
- REUTER's system implementation for 5-7 working places, expenses of exploitation and keeping,
- equipment for 4-6 dealer's working places,
- banknotes and coins counting, sorting and identifying technical facilities for 30 bank branches.

Notes:

The priority according the layout of tems.


Vilius Baldišis
Governor of the Bank of Lithuania

Lituanie :
Centre de formation
de DRUSKININKAI

Le soussigné a profité d'une journée de libre, le samedi 9.11.91, lors du passage de la Mission Gygi en Lituanie, pour effectuer une visite du Centre de formation de Druskininkai, en compagnie de Mme Biruté Grikinyté (Executive Secretary of the Board of the Bank of Lithuania).

Druskininkai, située à environ 120 km de Vilnius (bonne route) est une station "de plaisance" locale, mais les infrastructures à disposition ne sauraient être comparées, naturellement, à ce que le monde occidental pourrait offrir dans un tel environnement (assez attrayant, au demeurant). Forêts de pins, chemins pour ballades, petit lac (avec pédalos).

C'est dans ce cadre, relativement modeste, qu'est érigé le Centre de formation, dont la gestion est du ressort de la Bank of Lithuania (d'où, possibilités réelles d'obtenir des prix très favorables pour l'utilisation de cette infrastructure): les locaux sont satisfaisants, bien que d'un confort tout relatif:

- **salle de conférence:**
la table présidentielle dispose de 4 sièges, l'auditorium peut accueillir jusqu'à 100 personnes (sièges rembourrés): salle assez plaisante au demeurant (il n'a pas été constaté qu'un équipement audio-visuel soit disponible);
- **salles pour "working groups":**
en fait, le Centre ne dispose que d'une salle de ce type, pouvant accueillir une dizaine de personnes; toutefois, deux autres petites salles pourraient, éventuellement sur demande expresse, être utilisées à une fin analogue (pouvant accueillir entre 6 et 8 personnes);
- **chambres à coucher:**
le Centre dispose de 2 suites (avec hall d'entrée, living room), bien agencées, ainsi que de 8 chambres (chacune disposant de 2 à 3 lits, avec TV) séparées;
- **salle à manger:**
le cadre en est simple, env. 20 places disponibles (les repas sont de qualité tout à fait acceptable)

Parmi les éléments de confort, la **sauna** vaut une mention; d'un autre côté, toutefois, on ferait bien de s'équiper pour affronter une température ambiante relativement fraîche, surtout dans les locaux d'entrée du Centre (pulls, chaussettes, etc.).

Un tel Centre pourrait se prêter à un séminaire genre "retraite", regroupant une vingtaine de personnes au maximum (instructeurs inclus), s'adonnant à un cours de formation de plusieurs jours de suite.



Francis A. Gruber
18 novembre 1991

